

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Zum Frauentag am 12. Mai.

Vom Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission wird uns geschrieben:

Am 12. Mai d. J. werden in ganz Deutschland die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse einmütig die Forderung erheben, die Ausnahmestellung der Frauen im öffentlichen Leben zu beseitigen und ihnen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zu geben. Diese Forderung ist für die Arbeiterklasse nichts Neues. Ihre politische Vertretung, die sozialdemokratische Partei, hat die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Wahlrechts an beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen und stets diesen Grundsatze entsprechend gehandelt. Wiederholt sind im Reichstage, in den Parlamenten der Bundesstaaten und in den Gemeindevewaltungen Anträge auf Abänderung der geltenden Bestimmungen gestellt worden, die die Frauen von der Verwaltung ausschließen. Das es bis jetzt nicht gelungen ist, diesen Anträgen Geltung zu verschaffen, liegt an dem Verhalten der Vertreter der bürgerlichen Parteien der Frage des Frauenwahlrechts gegenüber. Mit wenigen Ausnahmen haben diese bisher stets geschloffen die Anträge der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Wenn die Vertreter der Arbeiterklasse grundsätzlich für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eingetreten sind, dann deswegen, weil sie in der Frau den gleichwertigen Menschen achten, auch eingeschrieben haben, daß alle Entscheidungen, alle Gesetze und Verordnungen in gleicher Weise die Frau wie den Mann treffen, beide auch nach denselben Bestimmungen zur Aufbringung der Mittel für Staat und Kommune herangezogen werden und es deshalb ungerecht ist, nur einem Teil der Bevölkerung die Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu gestatten. Die Arbeiterklasse hat ferner eingeschrieben, daß sie die Wittishe der Frauen bei ihrem Streben um wirtschaftliche und politische Befreiung braucht, daß die Interesslosigkeit des weiblichen Geschlechts öffentlichen Angelegenheiten gegenüber eine Gefahr für die Familie wie für die Gesamtbevölkerung bedeuten würde. Das Interesse wird aber wesentlich gefördert durch den Gedanken, mitverantwortlich zu sein an der Erhaltung des öffentlichen Lebens dadurch, daß alle erwachsenen Personen das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften haben. Daß dies Verantwortungsgefühl, imstande ist, die Arbeiterklasse auch geistig zu heben, zeigt ihre Entwicklung von dem Zeitpunkt an, wo für alle erwachsenen männlichen Personen das Wahlrecht zum Reichsparlament eingeführt wurde.

Die Arbeiterklasse bekämpft als größten Feind den Unverstand und weiß, daß es nur diesem, nur dem Unvermögen eines großen Teiles der Bevölkerung, den Zusammenhang der Dinge zu verstehen, zuzuschreiben ist, daß in die gesetzgebenden Körperschaften immer wieder Personen hineingewählt werden, die in ihren Beschüssen keine Rücksicht auf das Wohl der großen Masse der Bevölkerung nehmen, ja denen das Fühlen und Denken der Arbeiterschaft und ihre Nöte ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen würde auch bei ihnen größeres Verständnis für allgemeine Fragen wecken und zur Folge haben, daß die Männer in ihren weiblichen Familienangehörigen Personen finden, die teilnehmen an dem Befreiungskampf der Menschheit. Selbst in den Fällen, wo den Frauen eine aktive Anteilnahme durch Familienpflichten nicht möglich ist, würden sie den Bestrebungen der Männer volles Verständnis entgegenbringen und ihnen ihre Arbeit erleichtern.

Nicht wenig mag zu dem Verhalten der Arbeiterklasse zur Frage des Frauenwahlrechts auch die unmittelbare Wirkung beitragen, die alle Vorkommnisse des öffentlichen Lebens auf die Familienverhältnisse der bescheidenen Bevölkerung ausüben. Gerade die letzten Jahre haben hierfür Beispiele in Fülle gebracht. Die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Zoll- und Steuererhöhung hat die Gesamtbevölkerung betroffen, in erster Linie fühlbar aber die Arbeiterklasse und innerhalb dieser die Frauen in höchstem Maße. Es ist in der Regel ihre Aufgabe, das Einkommen der Familie so zu verteilen, daß eine ausreichende Ernährung der Familienglieder gesichert bleibt. In der gegenwärtigen Zeit ist dies geradezu ein Kunststück und eine ständige Quelle neuer Sorgen.

Die Zoll- und Steuererhöhung schafft aber nicht nur verteuerte Lebenshaltung, sondern auch verminderte Arbeitsgelegenheit. Auch hier ist die weibliche Bevölkerung leidender Teil, sogar in Tausenden von Fällen unmittelbar, weil der größte Teil der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse erwerbstätig ist. Weiter wird durch die notwendigen größeren Aufwendungen für Lebensbedürfnisse auch die Notwendigkeit, für höhere Löhne einzutreten zu müssen, in immer größere Nähe gerückt und weiter veranlaßt, daß immer mehr verheiratete Frauen neben der Hausarbeit noch Erwerbsarbeit verrichten müssen. Die Zahl der Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handels- und Verkehrsgewerbe stieg von 1895 bis 1907 um 27 pSt.; die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen vermehrte sich dagegen um 56 pSt. Des Resultat ist zum größten Teil eine Folge der Verhältnisse, die der bescheidenen Bevölkerung die Lebensbedingungen erschweren. Hunderttausende müssen daher heute unter der doppelten Last der Erwerbsarbeit und der Tätigkeit, die ihnen die häusliche und die Familienpflichten auferlegen. Die arbeitenden Frauen können am eigenen Leibe erfahren, wie unzureichend die gesetzlichen Bestimmungen sind, die speziell für die Arbeiterklasse geschaffen wurden.

Der zehnstündige Maximalarbeitstag ist entschieden unzureichend und wird außerdem nur da wirklich eingehalten, wo die Arbeiterschaft selbst dafür sorgt. Auch die amtliche Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften ist äußerst mangelhaft. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Vorschriften über die Arbeitszeit, sondern für alle Gebiete, die durch die Arbeiterschutzgesetzgebung getroffen werden. Alljährlich verunglücken Tausende bei der Arbeit. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle 484 097. 5292 Personen mußten in Dienste des Kapitals ihr Leben lassen, 453 trugen dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit davon, bei 23 800 Personen brachten die Betriebsunfälle dauernde teilweise verminderte Erwerbsfähigkeit und alle übrigen hatten vorübergehenden Schaden.

Wenn aber die Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Berufe von dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht des Zusammenschlusses Gebrauch machen wollen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen oder die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften zu erzwingen, dann greifen Polizeibehörden und Gerichte ein, um dies zu verhindern. Wer denkt wohl heute nicht mehr an die Vorgänge von Moabit und wer wird jemals vergessen, wie die Bergarbeiter in diesem Jahre der Macht des vereinigten Unternehmeriums und der ihm verbündeten staatlichen Behörden weichen mußten, obwohl die Berechtigung zur Lohnbewegung wohl für jeden feststand. Solche Fälle, die sich — wenn auch nicht immer für die große Masse so in die Augen springend — aber doch alljährlich in unzähligen Einzelfällen wiederholen, müssen auch den Frauen zeigen, wie dringend notwendig ein größerer Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung ist und wie wichtig es wäre, da mitzuraten und zu beschließen, wo Vorschriften erlassen werden, die auch für die Frauen von Bedeutung sind und auch auf sie angewandt werden.

Ebenso wichtig wie die Mitarbeit der Frauen bei der Reichsgesetzgebung ist die in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. Hier besonders wegen der Schul- und Erziehungssachen, für die das weibliche Geschlecht ohne Zweifel tiefes Verständnis besitzt. Durch die steigende Anteilnahme verheirateter Frauen der Arbeiterklasse an der Erwerbsarbeit werden immer mehr Mütter gezwungen, ihre Kinder tagsüber fremden Leuten und Institutionen zu überlassen. Gerade dieser Umstand macht die Mitarbeit der Frauen, namentlich in der Gemeindeverwaltung, zur dringenden Notwendigkeit. Schon um auf das öffentliche Unterrichts- und Erziehungswesen Einfluß zu erlangen, müßten die Frauen das Wahlrecht fordern. Hinzu kommt, daß auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege anerkanntermaßen Frauen die geeignetsten Mitarbeiter sind. Nur in ganz wenigen Fällen läßt man aber Frauen als Beraterinnen zu und gibt ihnen Stimmrecht. Die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts bewirkt, daß die Frauen auch hier keine genügende Stütze für ihre Wirken finden.

Diese geringere Bewertung in staatsrechtlicher Beziehung hat weiter zur Folge, daß die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten von der Mitarbeit in den Gewerbes- und Kaufmannsgerichten ausgeschlossen sind. Auch dieser Umstand muß maßgebend für die Frauen sein, das Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften zu fordern.

Große Lasten sind in der letzten Zeit der Arbeiterklasse auferlegt worden, und schon wieder wird verlangt, daß die Bevölkerung tief in den Säckel greift, um Hunderte von Millionen für mehr Soldaten herbeizuschaffen. Gegen diese Belastung der Bevölkerung, die in erster Linie von der Arbeiterklasse empfunden wird, erscheint das, was ihr an wirklichen und papiernen Vorteilen geboten wurde, lächerlich gering.

Die Reichsversicherung hat eine Entrechtigung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Arbeiterversicherung und namentlich für die Krankenversicherung gebracht, den so notwendigen Schwangeren und Wöchnerinnen-schutz aber nicht geschaffen. Die bisher hierfür in Frage kommenden Bestimmungen sind kaum erweitert worden. Und wie steht es mit der vielgesprochenen Hinterbliebenenversicherung, deren Bestimmungen bereits in Kraft getreten sind? Der Rentensatz von 19 % pro Tag für eine invalide Witwe ist nicht imstande, den Beweis zu erbringen, daß die Interessen der weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse von den bis jetzt dazu berufenen Vertretern genügend gewahrt sind. Auch das lang verprobenes Hausarbeitsgesetz vermag nicht, diese Ansicht zu ändern. Als zwingende Vorschriften sind nur solche in das Gesetz aufgenommen worden, die den Heimarbeitern über auferlegen. Alle übrigen Vorschriften, zum Beispiel Einsetzung von Sachverständigen zur Festlegung der Preise, sind von den besonderen Vorschriften des Bundesrats und der die Aufsicht ausübenden Behörden abhängig. Also auch die Resultate der speziell für die Arbeiterklasse geschaffenen Gesetze lassen die Forderung nach Gewährung des Wahlrechts an die Frauen dringend erscheinen und geben ihr zum großen Teil die Begründung.

Die Ausschaltung des weiblichen Geschlechts von der praktischen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird aber so lange geübt werden, wie die Mehrzahl der Frauen dies ruhig duldet. Der 18. März im vorigen Jahre hat gezeigt, daß bereits die Zahl derer, die eine Veränderung des geltenden Rechts fordern, nach Millionen zählt. Männer und Frauen der Arbeiterklasse haben im vergangenen Jahre Protest erhoben und einmütig gefordert: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter. Sorgen wir dafür, daß sich auch die Versammlungen am 12. Mai zu Massenfundgebungen gestalten, denen gegenüber sich die Regierung nicht länger ablehnend verhalten kann!

Die Ausschaltung des weiblichen Geschlechts von der praktischen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird aber so lange geübt werden, wie die Mehrzahl der Frauen dies ruhig duldet. Der 18. März im vorigen Jahre hat gezeigt, daß bereits die Zahl derer, die eine Veränderung des geltenden Rechts fordern, nach Millionen zählt. Männer und Frauen der Arbeiterklasse haben im vergangenen Jahre Protest erhoben und einmütig gefordert: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter. Sorgen wir dafür, daß sich auch die Versammlungen am 12. Mai zu Massenfundgebungen gestalten, denen gegenüber sich die Regierung nicht länger ablehnend verhalten kann!

Ein fast vergessener Zukunftsroman.

II.

Ein Vierteljahrhundert ist eine lange Zeit für das schnelllebende Geschlecht der Gegenwart, und in einem Vierteljahrhundert vollziehen sich mancherlei Wandlungen. Dafür ist auch Bellamy ein Beweis; denn heute ist sein Name und sein Buch fast vergessen. Die Begeisterung, die das Buch einstmal erregte, ist verblaßt, die Leserschaften haben sich verlaufen und die Partei, die sich einstmal um ihn scharte, ist in nichts zerfallen. Wenn man heute seinen „Rückblick“ noch einmal zur Hand nimmt und darin blättert, so erlebt man eine Enttäuschung und man blüht mit mildem Lächeln auf die Zeit zurück, da man sich an der stilligen Entfaltung des Dichters erwärme und an seinen Weltverbesserungsplänen berauschte. Was uns damals als etwas Neues erschien, erscheint uns heute als etwas Selbstverständliches, ja vielfach als etwas Ueberlebtes, Veraltetes. Viele seiner Gedanken sind uns in Fleisch und Blut übergegangen und die Kritik, die seinerzeit wegen ihrer Kühnheit und Schärfe Aufsehen erregte, mutet heute etwas trivial an. Damals gab er dem Empfinden Ausdruck, das wie ein dumpfer Druck auf den Gemütern seiner Zeitgenossen lastete, dem Empfinden, daß die Gesellschaftsordnung viele Mängel und Flecken aufweist und daß es die Pflicht der Oberstehenden sei, den Angehörigen der besitzlosen Klasse beizuhelfen. Er hat das soziale Gewissen der Besitzenden geweckt und geschärft und dem Sozialismus in manchen Kreisen Heimatsrecht geschaffen. Durch die von ihm gewählte Form eines utopischen Romans hat er den Sozialismus auch solchen Leuten mundgerecht gemacht, die sich für wissenschaftliche Abhandlungen und dilettante Werke nicht interessieren.

Das ist das Verdienst des Dichters, was aber nicht daran gehindert hat, daß sein Buch heute überlebt ist und die frühere Wirkung nicht mehr ausübt. Und das ist auch ganz erklärlich; denn die soziale Entwicklung in Theorie und Praxis hat im Laufe von 25 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, und wir sind deshalb über den Bellamy'schen Roman hinausgewachsen. Zunächst hat sich die Einsicht in die wirtschaftlichen und sozialen Zustände und Zusammenhänge vertieft, und wir wissen heute besser als damals, welche Triebkräfte in der Menschheit tätig sind. Wir haben erkannt, daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht von dem Verständnis und dem Willen einzelner Menschen abhängig ist und deshalb nicht von oben herab durch Gesetze und Resolutionen geändert werden kann, sondern daß hier wirtschaftliche, soziale und sozialgeistige Faktoren eine bedeutende Rolle spielen, die zusammenwirken müssen, wenn sich eine Neugestaltung der Dinge durchsetzen soll. Und wir haben auch erkannt, daß es unmöglich ist, unsere kapitalistische Gesellschaft, die aus einer früheren Gesellschaftsform herausgewachsen ist, mit einem Schlag, von heute auf morgen umzugestalten. Heute glauben wir mehr an eine organische Entwicklung, und unter dem Banner des Entwicklungsgesetzes zieht die heutige Generation in den Kampf für die neue Gesellschaft. In das Eintreten eines plötzlichen radikalen Umschwunges der Dinge zu glauben, gilt heutzutage als das Zeichen einer utopischen, weltfremden Denkwiese, und selbst der begierteste Sozialist räumt ein, daß wir die Wider-

standsfähigkeit des Kapitalismus unterschätzt und die Werbekraft des Sozialismus überjachtet haben. Der Kapitalismus ist kein milder, altersschwacher Greis, den wir an die Wand drücken können, daß er quiesziert, er hat noch keine Lust, seinen Platz zu räumen, sondern er zeigt noch große Lebenskraft und Lebensfähigkeit.

Diese Umwandlung in Theorie und Praxis macht sich besonders in der modernen Arbeiterbewegung bemerkbar. Die Hoffnung auf das Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiter hat viel von ihrer Stärke verloren, dagegen ist das Vertrauen in die eigene Kraft sichtlich gewachsen. Die Gegenwartsarbeit im Hinblick auf die Zukunft ist die Parole geworden. Wir können ja nicht, wie der Held des Bellamy'schen Romans, in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen, wir müssen uns hineinarbeiten und hineinkämpfen, wir können nicht als Bürger eines kapitalistischen Klassenstaates zu Bett gehen und als Bürger eines sozialistischen Rechtsstaates wieder aufstehen, sondern wir müssen das Neuland in harter, starrer Arbeit Schritt für Schritt erobern. Und weil wir dies gelernt haben, ist auch die soziale Meinarbeit wieder zu Ehren gekommen. An die Stelle des ungeliebten Sinfärmens auf ein fernes Zukunftsziel ist das langsame, aber sichere Hinarbeiten auf praktische Erfolge getreten. Die Gewerkschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung und die politische Bewegung sind Beweise für diese Behauptung. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß wir das große Ziel, die Erhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus, aus den Augen verloren haben, nur die Methode, um zu diesem Ziele zu gelangen, hat sich verändert.

Wenn wir nun auch zugeben müssen, daß die Dichtung Bellamy's heutzutage nicht mehr zeitgemäß ist und daß wir uns vor allen Dingen nicht mehr für den militärisch organisierten Zukunftsstaat des praktischen Amerikaners begeistern können, weil der Begriff der persönlichen Freiheit sich vertieft hat, so ist doch die Arbeit des Dichters keine verlorene gewesen. Seine scharfe, rückwärtslose Kritik des Kapitalismus wird stets ihren Wert behalten, und noch in späteren Zeiten wird man die Schilderung der kapitalistischen Gesellschaft an der Wende des zwanzigsten Jahrhunderts mit Interesse lesen, einer Gesellschaft, deren charakteristischste Wahrzeichen der flaffende Zwiepsalt zwischen Arm und Reich ist. Und man wird auch die tastenden Versuche des Dichters, die Richtlinien einer sozialen Aufwärtsentwicklung zu entwerfen, mit Interesse verfolgen.

Darauf eben beruht der Wert aller Utopien, daß sie ihrer Zeit einen Spiegel vorkalten, in dem Mittelwelt und Nachwelt ein deutliches Bild der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erblicken können. Wie sich in dem Staatsgebilde Platos das griechische Altertum mit seiner Sklaverei und seinem Massenelend widerspiegelt und in der „Utopia“ des Thomas Morus das feudalistische Mittelalter abgebildet wird, so erscheint in dem „Sonnenstaat“ des Dominikanermonchs Campanella die Zeit der Renaissance und des Humanismus und in der „Reise nach Arcanien“ des Franzosen Cabot der Kapitalismus in seinen Anfängen deutlich vor unsern Augen. Der Utopismus scheint ja, nach einer Vermehrung des englischen Nationalökonomens Stuart Mill, das naturgemäße Ergebnis aller jener Epochen

zu sein, in denen eine Neuprüfung der Grundprinzipien, auf denen Staat, Gesellschaft und Wirtschaftsleben beruhen, als eine dringende Notwendigkeit erkannt wird, empfunden wird. Je tiefer und schmerzlicher bei einer solchen Prüfung die Unhaltbarkeit, die Unberechenbarkeit und die Angerechtigtheit der bestehenden Zustände gutage-urteilt, desto fühlbarer macht sich das Bedürfnis bemerkbar, den Gegenstand zwischen der Wirklichkeit und dem Ideal plastisch herauszuarbeiten. Und je hartnäckiger der gedankenlose Alltagsmensch an die Ewigkeit und Unabänderlichkeit, der bestehenden Weltordnung glaubt, in der er die Befriedigung seines kleinen und kleintlichen Egoismus findet, desto wirksamer ist eine Utopie, die eine neue Welt aus dem Nichts herbeizaubert und als Wirklichkeit hinstellt. Es ist das Wesen der Utopie, der Mittelwelt das Idealbild einer menschlichen Gesellschaft als Spiegel vor Augen zu halten. Durch diese Gegenüberstellung von Ideal und Wirklichkeit bekommt der Menschengeist ein Mittel, um das Bestehende besser zu begreifen und dessen Mängel klarer zu erkennen. In den Utopien stellt sich die Menschheit neue Aufgaben und setzt sich neue Ziele; sie schämt gleichsam eine Brücke von der Gegenwart in die Zukunft.

In diesem Sinne müssen wir auch das Lebenswerk Bellamy's würdigen und beurteilen. Es ist nicht das Ergebnis müßiger Spielereien und inhaltsloser Phantastereien, sondern es ist geboren worden aus der schärfsten Beobachtung moderner Zustände und aus einem tiefen Mitgefühl mit dem Elend der unterdrückten und entrechteten Massen. Und deshalb hat es manchen Zerknirschten aufgerüttelt und manchen Egoisten unsanft ans Herz gegriffen. Das soll dem Dichter unvergessen bleiben. Auch noch heute können wir aus dessen Zukunftsroman „Rückblick“ aus dem Jahre 2000 manches lernen, wenn wir es verstehen, selbstkritisch und nachprüfend das Bleibende aus dem Ueberlebten herauszuschälen.

Warum der Deutsche Bauarbeiterverband ein „politischer Verein“ ist.

Man ist von den deutschen Gerichten in der Auslegung der Gesetze schon mancherlei genötigt worden, aber trotzdem geht man sich immer wieder auf neue Ueberschreibungen gefast machen. Nach der Schaffung des neuen Reichsvereinsgesetzes sollten bekanntlich die Schikanierungen der Gewerkschaften durch die Polizei und andere Ordnungsorgane aufhören. Die Gewerkschaften sollten, so wurde ganz allgemein angenommen, der Polizei wieder von der Gründung neuer Vereine, noch von der Zusammenkunft der Vorstände solcher Vereine, noch von der Abhaltung ihrer Versammlungen Anzeige zu erstatten brauchen. Daß das jener reaktionären Polizeigerichte, die solange an die Ueberwachung und Schikanierung der Gewerkschaften gewöhnt waren, nicht passen würde, war ja klar. Aber zu was lassen sich denn auch die Gesetze auslegen? Im Gesetz ist ja bestimmt, daß für „politische“ Vereine die Anzeigepflicht usw. nach wie vor besteht. Man brandt also die Gewerkschaften nur zu „politischen Vereinen“ zu stemplein, um diese wieder unter die polizeiliche Kontrolle zu bringen. Wie das gemacht werden kann, das zeigt ein Urteil, das am 19. März 1912 vom kgl. Schöffengericht in Wolfstein gefällt worden ist. Es handelte sich dabei um folgendes: In Röhrenburg a. d. Obra wurde am 21. März 1911 ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet. Mit vollem Recht unterließ es der Vor-

Zur Lage des jüdischen Proletariats in Rußland.

Von Bonu.

III.

Das Magdeburger Recht und dessen Beziehung zu den Juden.

Wo das Magdeburger Recht eingeführt wurde, befreite sich die Stadt von der Herrschaft des Eigentümers jenes Bodens, auf dem sie errichtet war, d. h. von der Macht des Kaisers oder des Adels (Schlichta). Die Bürger (Wirtschaftliche, bekamen alsdann das Recht, eine Stadtbewaltung (Nada) und städtische Richter zu wählen, während sich früher diese beiden Funktionen in den Händen der Eigentümer des Stadtgrundes befanden. Später hat sich die Stadtbewaltung unzerwunden in eine Magistrate verwandelt. In der Ukraine aber, wie auch in übrigen Polen hat sich der demokratische Geist dieser Einrichtung behauptet. Das Magdeburger Recht war dennoch ein feudales Recht. Die Bürger waren in Gilden (für Kaufleute) und Zünfte (für Handwerker) eingeteilt. Jede Zunft und jede Gilde hatte ihre Statuten, Verfassung und Vergleichen. Außer den rein bürgerlichen Funktionen hatte jede von ihnen auch christlich-religiöse, wie z. B. Leistung von Beiträgen zugunsten eines gewissen Klosters, Teilnahme an religiösen Prozessionen an großen Feiertagen usw. Dem Magdeburger Recht nach erhielten die Zünfte ein Monopol auf ihr Gewerbe. Das Recht, sich mit einem gewissen Handwerk oder Handel zu befassen, war nur den Mitgliedern der entsprechenden Zunft oder Gilde vorbehalten. Wurde jemand entbehrlich, der entgegen den Vorschriften, ohne Mitglied einer Zunft oder Gilde zu sein, ein Handwerk oder einen Handel trieb, so wurde er bestraft und sein Eigentum konfisziert.

Die Juden waren von den Bestimmungen des Magdeburger Rechts ausgeschlossen. Nur Karäer

(Karaiten) von Kzofi (Gouv. Wilna) konnten sich im Jahre 1441 unter dem Schutz des Magdeburger Rechts stellen. Das allgemeine städtische Recht erstreckte sich also nicht auf die Juden. Wo nur das Magdeburger Recht eingeführt war, oder dort, wo es schon früher Anwendung fand, durften die Juden nur an bestimmten Verhandlungen gegen Entrichtung einer bestimmten Abgabe Handel treiben. Sie hatten kein Recht, eigene Läden, eigene Häuser zu besitzen, sie hatten auch kein Recht, sich mit irgendwelchem Handwerk für Kunden oder für den Markt zu beschäftigen. Sie hatten auch kein Recht, an den Stadtbewaltungen- und Richterwahlen Anteil zu nehmen.

Um zu begreifen, auf welche Weise die Juden in Litauen und Polen dennoch leben konnten, obgleich alles, was dem Lebensunterhalt dienen konnte, außer Darlehensgewährung gegen Zinsen für sie verboten war, müssen wir im allgemeinen einige Worte von dem Recht im Mittelalter sagen. Das Mittelalter kannte kein allgemeines Recht. (Nur)land weiß noch bis heute sehr wenig davon.) Jede Person gehörte zu einem besonderen Stande, und jeder Stand hatte sein besonderes Recht, seine Organisation, seine Gerichtsbarkeit usw. Das Bürgertum war nicht der einzige freie Stand der Polen. Außer ihm waren es auch die Geistlichen und die Adligen. Außer den freien Ständen gab es einen Stand der Leibeigenen. Die Juden bildeten in Polen auch eine Art Stand. Nicht alle Stadtbewohner unterstanden dem Magdeburger Recht. So besaß sich dieses nicht auf die Geistlichen und Adligen, auch wenn sie in den Städten wohnten. Die Privilegien, die die Juden in den Städten erlangt haben und die ihnen gestattet, eigene Häuser zu besitzen, Handel, Gewerbe usw. zu betreiben, stehen deshalb nur in einem Widerspruch zu dem allgemeinen städtischen, d. h. zu dem Magdeburger aber nicht zum allgemeinen-feudalen Staatsrecht in Polen.

Die christlichen Bürger waren keine privilegierten Juristen und kommentierten die Privilegien recht einfach, wie z. B.: „Aber die Juden, die in der Stadt Kremenez

wohnhaft sind, haben kein Recht, die Freiheiten (die Freiheiten, die das Magdeburger Recht bietet. Der Verfasser) zu genießen und sollen keineswegs den Handel führen oder ihn dem dieser Freiheit gestören. (Urkund aus Südwest-Rußland, 6. Teil, 1. Band, Kiew, 1889, S. 42.) Dieser Akt ist ein Privilegium auf das Magdeburger Recht, das im Jahre 1536 der Stadt Kremenez vom König Sigismund August verliehen wurde. Oder: „Die Juden dürfen, nach der alten Sitte, nicht Anstieher unserer Stadt Witzebel sein.“ Letzteres ist einem Akte über das Magdeburger Recht, das der König Sigismund III. der Stadt Witzebel im Jahre 1697 verliehen hatte, entnommen. Was das „nicht Anstieher sein“ heißen soll, haben wir schon früher erläutert. Der einfache Sinn dieser Worte war, daß nur die Christenbürger das Recht besitzen, Handel und Gewerbe zu treiben und daß die Juden, als Nichtbürger, dieses Recht nicht besitzen. Also beginnt das in den Stadtbewaltungen (Magistraten), Gilden und Zünften organisierte christliche Bürgertum auf verschiedene Weise gegen die Juden zu kämpfen; auf dem rechtlichen Wege, indem es die Juden bei den entsprechenden Instanzen verklagt, oder einfach mit Gewalt.

Wenn man einem Juden begegnete, der zu unerlaubter Zeit Handel getrieben oder ein Produkt seiner eigenen Arbeit aus einem Haus getragen hatte, so pflegte man ihm alles fortzunehmen, ihm dabei tüchtig durchzuprügeln und außerdem noch zu bestrafen. Die polnischen Könige und Behörden haben sich dabei nicht an das jüdische Gesetz, worin: „Wo zwei freitret, muß der Dritte besteuert gehen“ gehalten. Sie verfolgten diesen Streik im Gegenteil sehr aufmerksam und waren bemüht, möglichst viel Geld von beiden Seiten zu erhalten. Dieselben Könige pflegten mit der einen Hand einer Stadt das Magdeburger Recht zu verleihen, dabei die Juden außer diesem Recht zu stellen, um dafür von der christlichen Bürgergilde hübsche Summen zu erhalten; mit der andern Hand dagegen, geben sie den Juden Privilegien, die in offener Widerspruch mit dem Magdeburger Recht standen. So verließ zum Beispiel

stand des Vereins, die Gründung des Vereins und die Zusammensetzung des Vorstandes der Polizeibehörde anzugehen. Dafür ersuchten die Vorstandsmitglieder von der Polizei wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes Strafbefugnisse von je M 5 zugest. Selbstverständlich beantragten unsere Kollegen dagegen gerichtliche Entscheidung. Soweit wäre ja nun die Geschäfte in Ordnung; denn von den Polizeibehörden, zumal den ostelbischen, kann man nicht verlangen, daß sie über das Wesen der Gewerkschaften unterrichtet sein sollen. Daß aber das Schöffengericht in Wollstein unsere Kollegen wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes tatsächlich verurteilte, dagegen und gegen die zur Verurteilung angeführten Gründe müssen wir aufs allerentschiedenste Protest erheben. Wir wollen diese Begründung mit ihrer wunderbaren Logik in ihren wesentlichsten Punkten nachstehend abdrucken; denn sie verdient, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden. Im dem Urteil heißt es:

Gegen die Angeklagten sind wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes, weil sie als Mitglieder des Vorstandes der Zählstelle Rothenburg a. d. Obra des sozialdemokratischen (11) Verbandes der Maurer es unterlassen haben, der Polizeibehörde die Gründung des Vereins, der unter anderem auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, sowie die Zusammensetzung des Vorstandes binnen zwei Wochen anzugehen, durch polizeiliche Strafbefugnisse Geldstrafen von M 5 und an deren Stelle, wenn sie nicht bezuht werden, Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt. Gegen diese Strafbefugnisse haben die Angeklagten rechtzeitig auf gerichtliche Entscheidung angetragen. Die Hauptverhandlung hat folgendes ergeben: Die Angeklagten geben zu: A. Sch. erster Vorsitzender, B. Sch. zweiter Vorsitzender, C. Sch. erster Kassierer, D. Sch. zweiter Kassierer, des zu Rothenburg a. d. Obra bestehenden Zweigvereins des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Mitglied der Bauarbeiter-Internationalen) zu sein. Der Angeklagte A. Sch. hat im Hauptverhandlungstermin ein Verbandsstatut überreicht. Die wesentlichsten Bestimmungen des Statuts sind zur Verlesung gekommen. Der Verband besteht nach § 3 aus Zweigvereinen, Gewerkschaften und einer Zentralverwaltung. An der Spitze eines jeden Zweigvereins steht ein Vorstand, bestehend aus mindestens fünf Personen: a) einem Vorsitzenden, b) dessen Stellvertreter, c) dessen Kassierer, d) einem Stellvertreter, e) einem Schriftführer. In dieser Weise setzt sich auch der zu Rothenburg a. d. Obra bestehende Zweigverein des Verbandes zusammen. Der Angeklagte A. Sch. gehört nicht zum Vorstande; wenigstens hat sich nach dieser Richtung nichts erbringen lassen.

Nach § 2 des Statuts hat der Deutsche Bauarbeiterverband die Aufgabe, die Lebenshaltung der baugeverlichen Arbeiter auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen und ihnen dauernd einen menschenwürdigen Anteil an den Erzeugnissen der Kultur zu sichern. In dem Vorbergründ stellt der Verband die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder durch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Zweck des Verbandes ist also ein wirtschaftlicher. Daß der Verband sein Augenmerk auch auf das politische Gebiet richten will, dafür spricht im Statut nur der Zusatz der Firma (Mitglied der Bauarbeiter-Internationalen) und der dem Statut, Blatt 46 bis 48, angehängte Kartellvertrag. (Beschlossen auf der dritten internationalen Konferenz zu Kopenhagen im Jahre 1910. Gültig vom 1. Januar 1911 bis zur nächsten Konferenz.)

Der Zweigverein zu Rothenburg a. d. Obra ist am 21. März 1911 gegründet und hat im wesentlichen damals denselben Vorstand gehabt wie jetzt; insbesondere war C. Sch. auch damals Vorsitzender. Der Verein hat sich im Februar 1911 in dem Hause Wollsteiner Straße 237 ein Vereinslokal, und zwar ausschließlich zu Vereinszwecken, gemietet. Dieses Lokal hat er auch noch inne. Im Sommer des Jahres wurde dem Zeugen Wollsteiner Lied in Rothenburg a. d. Obra ein Zettel über-

geben, Inhalts dessen eine Generalversammlung vom Vorstand ohne Beiziehung der Firma für den 19. Januar 1912 angesetzt war. Da dem Zeugen Lied aufgefallen war, daß Personen, die im Hause Wollsteiner Straße 237 wohnten, zu dem am 12. Januar 1912 stattgefundenen Reichstagswahl sehr für die sozialdemokratische Partei durch Verteilen von Flugblättern pp. agitiert hatten — in dem Hause Wollsteiner Straße 237 hatten auch sozialdemokratische Wahlversammlungen stattgefunden —, so ging er, da hiernach der Verdacht bestand, daß in der angelegten Verammlung politische Angelegenheiten erörtert werden würden, zu der angelegten Stunde als Vertreter der Polizeiverwaltung in Begleitung des Polizeiergenten Wenzel in das Haus Wollsteiner Straße 237. Er fand hier die Angeklagten, im ganzen etwa 20 Leute, vor. Als Vorstand wurde ihm der Angeklagte A. Sch. bezeichnet. Der Leiter und Redner in der Versammlung war ein gewisser „Wende“, der Gausvorsitzender des Gau's Rosen des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit dem Sitz in Bromberg sein soll. Dem Zeugen Lied wurde zunächst die Anwesenheit bezeugt. Als er gleichwohl blieb unter Hinweis auf seine begründete Vermutung, er hätte Wende, daß er dann wichtige „Mitteilungen“ nicht machen werde, auch die Vorstandswahl nicht stattfinden solle. Er sprach dann über Organisation und Verbesserung der Löhne. Nachdem Lied und Wenzel nach Schluß des Vortrages wieder fortgegangen waren, hat dann die Vorstandswahl stattgefunden, und es sind aus ihr die Angeklagten, wie eingangs angegeben, herbeigegangen. Für den 23. Februar 1912, abends 6 Uhr, meldete der Angeklagte A. Sch. die Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung, in dem Hause Wollsteiner Straße 237 an. In dieser, deren Veranstalter und Leiter A. Sch. war, trat der genannte Gausvorsitzende Wende als Redner auf. Er beleuchtete wirtschaftliche und staatliche Probleme vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Nach ihm sprach der Zimmermann C. Sch. und forderte zum Schluß die „Genossen“ auf, die „Dresdener Volkskraft“ (ein ausgeprochenes sozialdemokratisches Blatt) und keinbürgerliches Blatt zu halten. Zum Schluß brachte dann der Angeklagte Richard Schulz ein Hoch auf die Arbeiterpartei und auf die Sozialdemokratie aus. Es wurde auch die „Arbeitermarke“ (eine „Schlichte der Reichen“ angeht. Es blieb aber nur beim Anzuge des Liedes, da es den meisten unbekannt war.

Im Vereinslokal Wollsteiner Straße 237 haben vor und nach Bekanntmachung des Wahlzuges sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden, denen der Zeuge Lied beigewohnt hat. In diesen Versammlungen sind die Genossen Studijes (sozialdemokratischer Kandidat für Meiser-Domst und Rosen) Stoeffel und Lepis (beide sozialdemokratischer Arbeitersekretär in Rosen) als Redner aufgetreten. Lepis äußerte unter anderem: „Die Sozialdemokratie ist international und jeder, der international fühlte, gehöre zu ihr. Studijes sprach von Abschaffung der Monarchie und Einsetzung eines Präsidenten. Es wurde zum Schluß stets ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Im Vereinslokal hat Lied ein Plakat hängen sehen, etwa mit der Aufschrift: „Aufzug zur Waiserei oder zum Waisereitag“.

Nach diesem durch die Hauptverhandlung für erwiesen erachteten Sachverhalt ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß der zu Rothenburg a. d. Obra bestehende Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes neben der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Dies ergibt die vorstehend gekennzeichnete Tätigkeit des Vereinsvorstandes, der namentlich sein Vereinslokal zu sozialdemokratischen, also politischen Versammlungen herbeigehen, den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei, einer politischen Partei, soweit Vorhand geleistet und sie zu seinen eigenen gemacht hat. Der genannte Verein ist daher als ein politischer Verein anzusehen, dessen Vorstand die Einreichungspflicht gemäß § 3 Absatz 2 des Reichsvereinsgesetzes obliegt.

Es ist daher für tatsächlich festgestellt erachtet, daß die Angeklagten . . . als Mitglieder des Vorstandes des zu

Rothenburg a. d. Obra bestehenden Zweigvereins des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der unter anderem auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, es unterlassen haben, die Gründung des Vereins sowie die Zusammensetzung des Vorstandes binnen zwei Wochen der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen. Die Angeklagten waren deshalb aus den §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes zu bestrafen.

Also: Der Deutsche Bauarbeiterverband bezweckt eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten, weil er Mitglied der Bauarbeiter-Internationalen ist und weil er mit den ausländischen Bauarbeiterverbänden einen Kartellvertrag abgeschlossen hat. Der Zweigverein Rothenburg an der Obra bezweckt eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten, weil in dem von ihm zu Vereinszwecken benutzten Lokal — das, nebenbei bemerkt, nicht einmal von ihm, sondern von dem Vertreter einer anderen Korporation gemietet worden ist —, weil in diesem Lokal auch sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben, weil eines der Vorstandsmitglieder des Vereins auch einmal Veranstalter und Leiter einer öffentlichen politischen Versammlung war, weil „die Genossen“ in dieser öffentlichen politischen Versammlung — nicht etwa in einer Vereinsversammlung! — aufgefordert wurden, ein sozialdemokratisches Blatt zu lesen und weil die Teilnehmer an dieser öffentlichen politischen Versammlung das Lied „Schlichte der Reichen“ aufstimmten, weil in sozialdemokratischen Wahlversammlungen sozialdemokratische Kandidaten aufgetreten sind, die von Internationalität und — scheidlich! — von der Abschaffung der Monarchie gesprochen haben sollen, weil in diesen Wahlversammlungen — nicht etwa in den Vereinsversammlungen! — zum Schluß stets ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde und weil der Bürgermeister im Vereinslokal ein Plakat, etwa mit der Aufschrift: „Aufzug zur Waiserei oder zum Waisereitag“, gesehen hat. Wegen all dieser Dinge bekommt es das Sig. Schöffengericht zu Wollstein in Rosen fertig, einen Zweigverein unseres Verbandes zu einem politischen Verein bezw. zu einem Verein, der unter anderem auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, zu stampeln und ihm die Mitteilung von der Gründung des Vereins und der Zusammensetzung des Vorstandes an die Polizei zur Pflicht zu machen. Wir erwarten von der deutschen Justiz nicht viel; aber daß dieses Urteil vor einer höheren Instanz bestehen bleiben könnte, das halten wir trotzdem für ausgeschlossen.

Was mögen sich die Richter in Wollstein wohl unter dem Wort „Bauarbeiter-Internationalen“ vorgestellt haben? Doch mindestens eine Gesellschaft von Berufsarbeitern, die auf den gewaltsamen Umsturz des Staates hinarbeiten. Es sie wohl auch schon etwas davon gehört haben, daß auch die deutschen Bauunternehmer eine internationale Organisation und internationale Kartellverträge haben? Daß heute jede große Organisation, ja auch kleine Organisationen, wie die Vereinigungen der Metzger, Naturforscher und anderer Wissenschaftler internationale Verbindungen haben? Wohl kaum! Und wenn sie etwas davon gehört haben: würden sie auch die Vereine dieser Stände und Berufsgruppen wegen des Wortes „international“ für politisch erklären? Man sollte es fälschlich nicht für möglich halten, daß von den deutschen Richtern einem Urteil eine solche Begründung gegeben werden könnte!

Aus andern, aber kaum stichhaltigeren Gründen als die aus dem obigen Urteil ersichtlichen, hat bekanntlich das Schöffengericht in Dresden unseren Dresdner Zweigverein für einen politischen Verein erklärt. Eine Zählstelle des Zweigvereins Dresden hatte beschlossen, dem

Wladislaus IV. im Jahre 1633 den Juden von Witebsk ein Privilegium, nach dem sie laut dem allgemeinen Privilegium der Juden in Litauen das Recht erhalten, Käufer, Böden zu besitzen, Handel usw. zu betreiben, und im Jahre 1641 bestätigte er das Magdeburger Recht für Witebsk, nach dem die Juden aller dieser Rechte beraubt wurden. Im Jahre 1676 bestätigte Johann III. das Magdeburger Recht gegen die Juden und im Jahre 1679 bestätigte derselbe Johann Privilegien für die Juden. Wenn sich zwei Rechte in Widerspruch zueinander befinden, so muß die Macht entscheiden. Die Macht der jüdischen Geldbesitzer sowie die der jüdischen Handwerker war aber im Kampfe um das Bürgerrecht die schwächere. Das Kapital — das ist die Macht der Gesellschaft, die Macht, die sich in Händen von Einzelpersonen befindet. Der einzelne, der Kapitalist, erhält die Macht über die Gesellschaft. Das Recht ist aber ein gesellschaftliches Verhältnis. Anders das Kapital die Macht über die Gesellschaft erhält, erhält es auch die Macht über alle gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und über das Recht insbesondere. In der vorpolitischen Periode kam dies noch mehr als heute zur Geltung. Jetzt ist das Verhältnis zwischen Kapital und Recht sehr komplizierter; damals war es einfacher: für Geld konnte man einfach Recht erlangen. Es ist nicht Aufgabe unserer Untersuchung, nachzusehen, wie die jüdische Händlerklasse gegen das Magdeburger Recht gekämpft hat. Es genügt, auf das Ergebnis, das Resultat des Kampfes hinzuweisen. Bis zum Ende des 10. Jahrhunderts bestand die handelsbetreibende Bevölkerung in Litauen hauptsächlich aus Christen. Auf 100 christliche Kaufleute kamen kaum 20 jüdische. (Verhändlungen der Litauer Juden. S. 162.) Zu Ende des 13. Jahrhunderts bildeten die Juden fast allein den Kaufmannstand in Litauen. Der jüdischen Handwerker stand die wunderbare Kraft des Kapitals nicht zur Seite. Mit großer Mühe verteidigte diese schwache jüdische Minorität ihr Recht auf produktive Arbeit. 13 Jahre nach Verküpfung des allge-

meinen Privilegiums für Juden in Litauen bedurften die Juden von Witebsk schon einer neuen speziellen Bestimmung, um ihr Recht auf Arbeit und Handel zu sichern, was ihnen im Jahre 1527 auch gelang. (Verhändlungen der Litauer Juden. S. 166.) Dort war ausdrücklich gesagt, daß die Juden ein mit den Bürgern gleiches Recht auf Handel und Handwerk besitzen. Im Jahre 1539 erließen die Schneider und Kürschner u. a. von Lyta das Recht, ihr Handwerk zu betreiben, unter der Bedingung, daß alle jüdischen Schneider und alle jüdischen Kürschner an die christlichen Zünfte 10 Gulden pro Jahr an jede zu zahlen verpflichtet waren. Die Verpflichtung der jüdischen Handwerker, einer gewissen Branche zusammen gemeinschaftlich Steuern an die christlichen Zünfte zu entrichten, war wohl eine der Ursachen, die zur späteren Organisation der jüdischen Handwerker beigetragen haben. Derselbe Sigismund I., der den Juden zwei günstige Privilegien verliehen hatte, verbot im Jahre 1545 den jüdischen Schneidern von Witebsk (Galgien), Bauernkleider zu verfertigen und mit solchen auf die Messen zu fahren. Die christlichen Schneider und Kürschner von Witebsk haben an ihm ein entsprechendes Gesuch gerichtet und er hat es ihnen natürlich nicht abgelehnt.

Zu dem Privilegium, das die Juden von Witebsk im Jahre 1580 erhalten haben, ist erwähnt, daß die Bürger die Juden in der Ausübung ihrer Gewerbe nicht stören sollen. Wie schwer die Juden um das Recht auf Arbeit zu kämpfen hatten, zeigt uns folgende Tatsache: In Witebsk das Magdeburger Recht schon sehr früh, noch im Jahre 1387 eingeführt worden. Selbstverständlich war schon im Anfang des 17. Jahrhunderts der christliche Handwerkerstand stark genug, um die Konturen der jüdischen Handwerker nicht zuzulassen. Im Jahre 1633 gab Wladislaus IV. den Juden in Witebsk die Erlaubnis, nur die Handwerke zu betreiben, die noch in seinen Zünften organisiert waren. Im Bestätigungsprivilegium vom Jahre 1639 sehen wir, daß nur jüdischen Kürschnern, Posamentierern und Glaser erlaubt war, in Witebsk zu arbeiten. (Athen, die von der Witebsker Kon-

mission zur Untersuchung alter Akten veröffentlicht worden sind, 20. Bd., Wilna 1902. Akten über Juden, S. 28.) Es ist klar, daß sich unter solchen Bedingungen die jüdische Produktion nicht entwickeln konnte. Was hat aber doch die Juden zur Produktion getrieben? — Wie aus allem Dargelegten ersichtlich, war die Lage der Juden seit dem Anfang ihres Aufenthalts in Polen gar nicht glänzend. Doch war sie hier besser, als in allen Ländern des Westens; in Litauen und der Ukraine war sie noch besser, als im Königreich Polen. Die im 15. und 16. Jahrhundert entstehende und wachsende häßliche Bourgeoisie und der Kunst-Handwerkerstand Deutschlands und Oesterreichs allmählich erstreckte einfach die Vertreibung der Juden aus allen Städten. Daher betrachteten die Emigranten Polen als ein Rettungsland. Im Laufe dieser Jahrhunderte können wir eine unaufhörliche Zuwanderung vom Westen nach Polen feststellen. Und während um die Mitte des 16. Jahrhunderts in ganz Litauen nur 15 jüdische Gemeinden bestanden haben, war es zu Anfang des 17. Jahrhunderts nicht besät mit jüdischen Gemeinden, wobei sich alle Juden der traditionellen jüdischen Beschäftigungen, wie Handel, Waäer, Schankwirtschaft, Pacht und dergleichen zuwandten. Es entstand eine scheidliche Konkurrenz, so daß es schwer wurde, mit kleinem Kapital oder gar ohne solches etwas zu erwerben. Die Juden mußten nach neuen Verdienstsquellen suchen und diese waren eben das Handwerk. Dem wollten aber die organisierten christlichen Zünfte große Hindernisse in den Weg, und bei der kleinen Zahl der jüdischen Handwerker, bei ihrem Mangel an Organisation hätten sie der organisierten Macht der christlichen Arbeiter nicht bekommen können, wenn nicht im jüdischen Leben ein Ereignis eingetreten wäre, das plötzlich die jüdische Not ungeheuer steigerte. Dies war die eiserne Macht des Hungers, der die Zahl der produzierenden Schicht unter Juden plötzlich bedeutend vergrößerte. Nur als Waise konnten die Juden dann im Dränge nach Arbeit die gestellten Hindernisse überwinden.

sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds A 1000 zu überweisen. Der in der Versammlung anwesende Vorsitzende des Zweigvereins Dresden, Barth, wies darauf hin, daß eine Zahlstelle keine eigene Kasse hat und über die Kasse des Zweigvereins nicht verfügen darf, das könne nur die Generalversammlung. Dieß sprach sich auch später gegen den Beschluß aus und die Auszahlung des Geldes unterließ. Erklärend erklärte die Polizei den Dresdner Zweigverein für einen politischen Verein und verlangte, von Barth die Anmeldung der Vorstandsmitglieder und Einreichung der Mitgliederliste. Das verweigerte B. mit dem Hinweis auf die Statuten, aus denen klar hervorgehe, daß es sich hier um eine rein wirtschaftliche Vereinigung handle, die außerdem noch nicht einmal selbständig sei, sondern in ihren wesentlichen Aktionen dem Hauptverband in Hamburg unterstehe. B. wurde wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt und, wie wir in Nr. 9 des „Grundstein“ mitteilen, vom Schöffengericht zu A 15 Geldstrafe verurteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß Barth durch Nichteinreichung der Vorstandsliste das Vereinsgesetz übertreten habe. Für die Entscheidung, ob ein politischer Verein vorliegt oder nicht, komme nicht nur die Satzung, sondern auch die Tätigkeit des Vereins in Frage. Die Zahlung eines Beitrags zur Reichstagswahl (der nicht bezahlt ist) sei eine „intensivere Einwirkung“ auf politische Angelegenheiten als die schönsten Reden und Artikel (11). Die Zahlstelle sei als selbständiger Verein anzusehen, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke.

Gegen dieses Urteil wurde von B. Berufung eingelegt; das gleiche tat aber auch der Staatsanwalt, der eine höhere Bestrafung verlangte. (1) Bei Eintritt in die Verhandlung vor dem Landgericht bemerkte der Vorsitzende nach einem Bericht der „Dresdner Volkszeitung“, daß er den Beschluß, die Zahlung der A 1000 an den Wahlfonds, ganz beiseite lassen und den Beweis, daß der Zweigverein politisch sei, weiter erheben werde. Um diesen Beweis zu führen, verlas er zunächst eine Reihe Paragrafen der Satzungen. Dann konstatierte er, daß das Vereinsorgan, der „Grundstein“, sozialdemokratische Propaganda treibe. Unter der Sammelüberschrift: „Politische Uebersicht“ und auch auf andern Stellen bringe es rein sozialdemokratische Artikel. Es wurde eine große Reihe solcher Artikel und Notizen wie auch Aufsätze zum Parteitag in Jena und zur Reichstagswahl vorgelesen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Giese bestritt, daß der „Grundstein“ eine politische Zeitung sei und protestierte gegen die Verlesung nur einzelner Artikel aus einer Nummer. Der Charakter der Zeitung gehe aus dem Gesamteinhalt hervor, und der sei zum größten Teil gewerkschaftlich. Es sei ganz natürlich, daß eine gut geleitete Gewerkschaftszeitung an den großen politischen Ereignissen nicht vorübergehen könne. Das gleiche wie der „Grundstein“ läten alle Gewerkschaftszeitungen, gleichviel, welcher Richtung sie angehören, ebenfalls auch die Blätter der Unternehmerorganisationen. Zum Beweis für diese Behauptung beantragte er die Vernehmung des Chefredakteurs Volkmar-Berlin und des gerichtlichen Sachverständigen für Preisangelegenheiten vom Landgericht I Berlin. Beide Sachverständige würden ausfragen, daß eine wirtschaftliche Zeitung wegen einiger politischer Artikel noch keine politische Zeitung wird. Kollege Barth führte noch aus, daß der Antrag, dem Wahlfonds A 1000 zu überweisen, damit begründet worden sei: man wolle sich der sozialdemokratischen Partei dankbar erweisen, weil sie zur Zeit der Auspörierung im Jahre 1909 die Bauarbeiter auch unterstützt habe.

Der Staatsanwalt beantragte, die Strafe zu erhöhen, ohne sich große Mühe mit der Begründung zu geben. Der Verteidiger besprach in seinem Plädoyer zunächst die in der Luft liegende Behauptung: Gewerkschaften und Sozialdemokratie seien eins, sowie das Bestreben der sächsischen Polizei, die Grenzen des Vereinsgesetzes der Sozialdemokratie gegenüber möglichst eng zu ziehen. Wie seien alle die enttäuscht worden, die sich auf das ministerielle Versprechen von der „lokalen Handhabung“ des Vereinsgesetzes verlassen hätten. Ferner bewies er, daß die Zweigvereine nicht selbständig sind. Hierzu stützte er sich mehrfach auf einen Kommentar zum Vereinsgesetz vom Reichstagsabgeordneten Müller-Meinungen. Außerdem könne ein wirtschaftlicher Verein durch eine einmalige Statutenänderung noch nicht zu einem politischen Verein gestempelt werden. — Das Urteil lautete: Beide Berufungen werden verworfen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Weisandträge des Verteidigers abgelehnt worden sind, da sich das Gericht selbst für kompetent hielt, zu beurteilen, was politisch ist oder nicht. In der Urteilsbegründung wurde gesagt: „Der Dresdner Zweigverein ist ein selbständiger und auch ein politischer Verein. Seine Ziele lassen sich gar nicht anders betätigen als politisch. (11) Aber auch die Zeitung „Der Grundstein“ zeigt ganz klar die politische und sozialdemokratische Tendenz des Vereins; es handelt sich deshalb, da sie das Vereinsorgan ist, um einen politischen Verein.“

Also weil der „Grundstein“ auch einzelne Artikel bringt, die sich mit der Politik befassen, ist der Zweigverein Dresden des Deutschen Bauarbeiterverbandes ein politischer Verein! Man kommt wirklich aus dem Staunen über die Logik der Gerichte nicht mehr heraus. Wir sind nur gespannt, was die Gerichte nicht noch alles herausfinden werden, um die gewerkschaftlichen Organisationen der Kontrolle der Polizei zu unterstellen. Natürlich nur die Gewerkschaften, nicht etwa die Unternehmerorganisationen. Die „Dresdner Volkszeitung“ meint zwar, wenn dieses Urteil aufrechtgehalten würde, seien nette Perspektiven für

alle Berufsorganisationen eröffnet, auch für die der Unternehmer. Man brauche sich nur die „Arbeitsberechtigung“, das bekannte Scharfrichterorgan des organisierten Unternehmertums anzusehen: Im Lichte dieses Urteils sei das Blatt gewiß nicht mehr ein politisches, als alle Gewerkschaftsblätter zusammengenommen. Das ist zwar durchaus richtig; die Unternehmerblätter treiben aber „nur“ Politik im „faak'schen“ Sinne. Und das ist denn doch ganz etwas anderes, obwohl vor den deutschen Gerichten Recht eben Recht — sein soll. Im übrigen werden diese Urteile, auch wenn sie bestehen bleiben sollten, den Arbeiterorganisationen nicht schaden. Die Verfolgungen und Drangsalierungen, denen die Gewerkschaften früher in Sachsen ganz besonders ausgesetzt waren, haben gerade ganz wesentlich zur Stärkung der Arbeiterorganisationen und — nicht zu vergessen! — auch zum Wachstum der Sozialdemokratie beigetragen. (Die Landkarte in Sachsen ist nicht umsonst rötter als die in irgendeinem andern Landesenteil.) Wir haben nichts dagegen; wenn man in Zukunft auch in anderen Landesteilen die Landkarte durch die „alten bewährten Mittel“ noch etwas rötter gestaltet, so sehr wir diese Mittel vom Standpunkte des Rechts aus verurteilen müssen.

Anders als in Dresden und Wollstein ging die Aktion der Polizei gegen unsern Verband in Thorn aus. Dort ist die Behörde mit ihrem unerschöpflichen Verlangen kluglich gescheitert. Bekanntlich hatte das Gericht die früheren Zweigvereine der Maurer und Bahnhofsarbeiter für „politisch“ erklärt. Nach der Verschmelzung wurde diese Erklärung unwirksam. Auf Veranlassung des Marienwerder Regierungspräsidenten forderte die Polizeibehörde den Bauarbeiterverband auf, Statuten und Mitgliederliste des Vorstandes einzureichen. Am 24. April kam es vor dem Schöffengericht zur gerichtlichen Entscheidung. Als Angeklagte erschienen drei Vorstandsmitglieder des Zweigvereins, der erste Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer. Als Belastungszeugen marschierten drei Polizeibeamte auf. Weiter waren als Zeugen geladen: der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaften, Kollege Gohl. Die Polizeibeamten wußten aber auch rein gar nichts Belastendes anzufangen, so daß sich der Rechtsanwalt veranlaßt sah, selbst die Freisprechung zu beantragen. Das Gericht sprach die Angeklagten frei und legte der Staatskasse die Kosten des Verfahrens auf. Dieses Urteil reißt sich den Urteilen gegen die Vereine der Holzarbeiter und Zimmerer in Thorn an, die gleichfalls freigesprochen wurden. Außer in Thorn ist die Behörde gegen uns in Straßburg i. Westpr. und Culmsee vorgegangen. Dort muß unserer Auffassung nach ebenfalls die Freisprechung erfolgen. Schade um die schöne Zeit und das Geld, die hierbei unnötig verbraucht werden.

Politische Umschau.

Die Wehrvorlagen und der Dedungsentwurf der Regierung vor dem Reichstage. — Jesuiteninterpretation. — Die Reichstagsersatzwahl in Barel-Zever.

Die parlamentarischen Kämpfe der letzten Woche im Reichstage anläßlich der ersten Beratung der Wehrvorlagen haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß das Betrüben ohne Unterbrechung seinen Fortgang nehmen soll und daß der Gebante einer internationalen Verständigung auch den Freisinnigen nicht anders ist als ein annuitatisches Spiel der Phanastie. Übermals sollen dem Militarismus und Marinismus ungeheure Summen geopfert werden, ohne Rücksicht auf die wahren Kulturbedürfnisse des deutschen Volkes, ohne Rücksicht darauf, daß die neugeforderten 650 Millionen zweifellos eine Fortsetzung der Schuldenwirtschaft bedeuten, anstatt endlich einmal eine wirkliche Schuldentilgung vorzunehmen. Ganz zu schweigen von den ungeheuren Gefahren, die der unerlöste Rüstungsdrangsal mit sich bringt. Hat doch erst im letzten Sommer die tollwütigste Kriegshetze der nationalpolitischen Chauvinisten und heutigetägigen Progenypatrioten dem deutschen Volke die Augen darüber geöffnet, daß das Betrüben wahrlich kein Mittel zur Erhaltung des Friedens ist, sondern die gefährlichste Kriegsprovokation in sich birgt. Das aber ein Weltkrieg — denn dazu müßte sich ohne Frage ein kriegerischer Konflikt zweier europäischer Großmächte ausweiten — die Fundamente der gesamten Kultur bis ins innerste erschüttern würde, bedarf keines weiteren Beweises. Was läge da nun näher, als daß sich alle wahrhaften Volksparteien endlich zu dem entscheidenden Entschluß auftraffen, mit dem ganzen System des Betrübens, das zur physischen und geistigen Degeneration des Volkes führen muß, endgültig zu brechen, um die Bahn frei zu machen für innere Reformen, für eine Kulturpolitik zum Wohle der breiten Volksmassen. Die letzten Kämpfe im Reichstage haben nun erneut dem deutschen Volke bewiesen, daß allein die parlamentarischen Vertreter des Proletariats, die sozialdemokratischen Abgeordneten, den rücksichtslosen Kampf gegen den am Marke des Volkes zehrenden Militarismus und gegen das verderbenschwangere Betrüben führen müssen.

Schon vor den Debatten im Reichstage unterlag es keinem Zweifel, daß nicht eine der bürgerlichen Parteien bis zum äußersten Flügel des Liberalismus den Wehrvorlagen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen würde. Diese Tatsache, die sicher auch dem Reichstangler bekannt war, mag immerhin als Mildebedingung dafür gelten, daß er sowohl als auch die ihm „nachgeordneten“ Ressort-

minister mit Gründen von solcher Leichtigkeit vor dem Reichstage zu treten wagten, um den Volkvertretern die neuen Forderungen schmachtig zu machen. Unfähig büßig, bar jeder Ueberzeugungskraft und gesunden Logik vor das, was er als „Begründung“ vortrug. „In der augenblicklichen europäischen Situation liegt kein Grund für uns zur Beunruhigung.“ — deshalb müssen wir mehr Soldaten und Kanonen haben; „ich habe die Ueberzeugung, daß keine Regierung der Großmächte einen Krieg mit uns wünscht oder herbeizuführen sucht“ — deshalb müssen neue Panzer bewilligt werden; „die Völker sind oft durch lärmende und fanatisierte Minderheiten in Kriege hineingetrieben worden“ — deshalb muß nicht etwa den frivolsten Kriegshetzern das Handwerk gelegt werden, o nein, nach Bethmannscher Logik muß weiter gerüstet werden; „ich bewaue die alarmierenden Würdige, die in mißverständlichem Patriotismus in erregten Prefazitellen ausgebreitet werden, um die nötigen Rüstungsmaßnahmen angeblich zu fördern“ — deshalb muß nicht etwa die bürgerlichen Rüstungsfanatiker und Progenypatrioten der Welt gehörig gewarnt werden, sondern der philosophierende Kanzler kommt diesen verbrecherischen Treiben entgegen und fordert Hundertmillionenopfer vom Volk. Vollends sprach wurde die sachliche Begründung der Vorlagen, als Bethmann sich über die Frage der Dedung verbreitete und den Bericht der Regierung auf die Gebührenssteuer zu rechtfertigen versuchte. Da steht selbst die bürgerliche Linke den Finanzministerien der Regierung mit einigem Mißtrauen gegenüber, das durch des Kanzlers Logik wohl kaum beseitigt ist. Wohl muß dieser zugeben, daß alle Zukunftsberechnungen für eine längere Zeit mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind, trotzdem ist die Regierung leichtfertig genug, nicht nur die durch den wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahres erzielten Ueberschüsse zur Dedung heranzuziehen, sondern auch auf Jahre hinaus mit ähnlichen Ueberschüssen zu operieren, unbekümmert darum, daß den Jahren günstiger Konjunktur auch Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges folgen können, ja, mit Naturnotwendigkeit folgen müssen. Wenn der Reichstangler die zuversichtliche Hoffnung ausspricht, daß trotz alledem die Wehrvorlagen bei allen bürgerlichen Parteien ein überzeugendes Entgegenkommen finden mögen, so sollte der weitere Verlauf der Debatten ihm den Beweis erbringen, daß er in seinen Hoffnungen nicht fehlging. Ohne daß es dazu der jahmühsamen Berufung auf den „Patriotismus“, auf die „einsichtsvolle und opferwillige Vaterlandsliebe“ der bürgerlichen Parteien bedürft hätte, mit der er seine Rede schloß.

Auf denselben patriotischen Ton gestimmt waren auch die Reden der nach ihm zu Wort kommenden Ressortminister. So sprach der Kriegsminister am Schluß seiner Rede das unbedingte Vertrauen aus, daß der Reichstag „in einer Frage, von der unter Umständen die Existenz Deutschlands abhängt, das seine ohne Unterschied der Parteien“ tun werde; so vertonte Tirpitz auf den „vaterländischen Sinn“ des Hauses, so forderte der neue Reichstangler eine möglichst einmütige Annahme der Dedungsvorlage, damit nicht wieder „dem spottenden Ausland das Bild innerer Zerissenheit“ geboten werde. Es muß doch wahrlich mit der sachlichen Begründung der Regierungsvorlagen gar zu schlecht bestellt sein, wenn die Vertreter der Regierung einen so sehr übermäßig aufbringlichen Appell an den Patriotismus der Volkvertreter zur Durchschiebung ihrer Forderungen für notwendig erachten. Die Herren v. Seezingen und v. Tirpitz nahmen sich denn auch kaum die Mühe, die allgemeinen Bedeutungen des Reichstanglers über die Notwendigkeit der Wehrforderungen zu ergänzen.

Eine nicht so leichte Aufgabe hatte der Reichstagssekretär, der die optimistische Auffassung der verbundenen Regierungen rechtfertigen, sie zugleich aber auch für eine weniger günstige Entwicklung der Reichsfinanzen in den nächsten Jahren deken sollte. Besonders heftig gestaltete sich seine Lage insofern, als er sich wohl oder übel mit dem Rechtfertigungsartikel des vor kurzem von seiner Stellung zurückgetretenen Reichstagssekretärs Hermann ausinandehersehen mußte. In der Hand einer detaillierten Berechnung des Finanzjahres 1911 ist dieser nämlich zu dem Urteil gekommen: „Selbst wenn die Rüstungsvorlagen ausgeblieben wären, war die Weinigung der Sanierungsarbeit im laufenden Jahre noch nicht gewiß. Um so mehr wird man zögern müssen, die Einnahmen von 1912 für die Wehrvorlagen noch stärker anzuspannen und auszuhebeln.“ Auch Hermann ist der festen Ueberzeugung, daß die durch die Wehrvorlagen entstehenden Kosten entweder durch neue Einnahmen gedeckt werden müssen, wenn nicht ein fixerer Rückfall in die Unleisewirtschaft die notwendige Folge der Wehrforderungen sein soll. Wenn Herr Müller nun glauben machen will, daß er mit einer so kimmerlichen Fiktion, wie sie die von Zentrum und Agrariern eingeblasene „Lösung“ der Dedungsfrage darstellt, in den von Hermann vorgezeichneten Bahnen wandeln, so ist das doch wahrlich eine zu kindische Zumutung, die nur dem Kluge der Lächerlichkeit verfallen darf. Er suchte sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er seinem Vorgänger ein gewichtiges Lob sang und die „goldenen Worte“ preis, die dieser geschrieben. Obgleich die Grundlagen der gesamten Finanzpolitik unter dem neuen Schatzsekretär eine Umwälzung erfahren haben, obgleich die Hermannsche Theorie „keine Ausgaben ohne Dedung“ vollständig über den Haufen geworfen worden ist, verliert sich der erkaunte Welt, daß seine Finanzministerien sich im Unverständnis befinden mit der von seinem Vorgänger gezeichneten Finanzpolitik; nur mit dem „nicht sehr erheblichen Unterschied“, daß unter dem neuen Auss ein „etwas

größerer Teil" von den Ueberflüssen militärischen Zwecken geopfert werden soll.

Die Stellung der Parteien des schwarz-blauen Blocks zu den Wehrvorlagen sowohl als auch zu der Forderung vorlage überträgt nicht weiter. Die Parteien, in denen die Junter über die „gräfliche“ Flotte schimpfen, sind längst vorüber. Für die Bemittlung der „Räune“ sind unsere Disziplinier ja so überreichlich mit Fleisch und Wirtinchen sitzendem bedacht worden, daß sie zu den zuverlässigsten Stützen unserer Welt- und Politikpolitik zählen. Und auch das Zentrum hat, vergessen, daß es auch eine Zeit gab, in der es gemeinsam mit den Sozialdemokraten sich dem unheilvollen Wehrkräften widersetzte; heute will es unter allen Umständen — zweifellos um recht viel für sich dabei herauszukriegen — Regierungspartei sein; ja, das Zentrum hat sich in erster Linie geradezu mitverantwortlich gemacht für den ganzen Kurs unserer modernen Weltmachtspolitik. Daß von den Freikonserativen und Nationalliberalen, die größtenteils im Parlament als politische Agenten des Krubens- und Sittensapfels fungieren, nicht einmal der beiseite die Veruch einer Opposition gegen die militärischen Forderungen erwartet werden konnte, war jedem von vornherein klar, der den Charakter und die Zusammensetzung der beiden Parteien kennt. Mit allen diesen Müttingschwärmern weiterfeierten die Fortschrittler in der Bekundung ihres „guten patriotischen Willens“ und wenn auch einer ihrer Redner emphatisch verkündete, daß der Liberalismus dem Drängen nach erhöhter Vermehrung der Truppen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten würde und endlich mit weiteren Militärforderungen Schluß gemacht werden müßte, so kann doch niemand bezweifeln zu einer Partei haben, die an Bemittlungsbereit ist nichts hinter den anderen Parteien zurückgeblieben ist. Die imperialistische Suche hat leider mehr oder weniger alle bürgerlichen Parteien infiziert und macht auch die Liberalen und bürgerlichen Demokraten blind gegen die unheilvollen Wirkungen des Wehrkräftens.

So blieb es denn allein den sozialdemokratischen Vertretern überlassen, den Kampf gegen die Eroberungsgelüste, gegen jede den Wehrkräften gefährdende Abenteurerpolitik und gegen das unfürnige Wehrkräften aufzunehmen, wenn auch von Anfang an nicht der geringste Zweifel bestand, daß sämtliche bürgerlichen Parteien den Wehrvorlagen in vollem Ausmaß zustimmen würden. Haben also die Wehrvorlagen eine sichere Mehrheit hinter sich, so ist dagegen noch gar nicht abzusehen, wie sich die Frage der Deckung regeln wird. Die Ansicht der Schwarz-Blauen, die Deckungsvorlage der Regierung mit den andern Vorlagen der Budgetkommission zu überweisen, wurde durchkreuzt durch die Annahme des nationalliberalen Antrages, der die Ueberweisung der Wehrvorlage an eine besondere Kommission verlangt. Jedenfalls werden in dieser Kommission noch scharfe Kämpfe um die Deckungsfrage entbrennen und es lassen sich heute kaum Andeutungen darüber geben, in welcher Weise sie ihre Entscheidung finden wird.

Nach den bedeutungsvollen Debatten der ersten Tage konnten die Verhandlungen der letzten Tage, die national-liberale Jesuiteninterpellation und der Etat der Reichs-eisenbahnen, das Interesse nicht mehr in besonderem Maße erregen. Immerhin ist es beachtenswert für die gegenwärtige politische Lage, wie der Reichstagsantrag an der Beantwortung der Interpellation sich aus den Schwierigkeiten des bayerischen Jesuitenerlasses retten würde. In einer Zeit, wo das Zentrum für die Pläne der Reichsregierung unentbehrlich ist, muß eben alles verüht werden, was dieser ausschlaggebenden Partei des Reiches vor den Kopf stoßen könnte. Und so zeigt sich auch hierbei wieder, daß die Reichsregierung auf der ganzen Linie vor den Machansprüchen des Zentrums zurückweicht. Die politischen Zeitverhältnisse machen eine „mildere Auf-fassung“ des Jesuitenerlasses zur Notwendigkeit und so ist die Wehrmanische Regierung selbst vor keiner offenkundigen Wifachtung der Gesetze gerückt. Die Sozialdemokratie hat das Jesuitenerlasse als ein Ausnahmegericht von Anfang an auf das Entschiedenste bekämpft und wird auch fernerhin für die Befreiung des Reiches dieses Gesetzes eintreten. Solange jedoch das Reichsgesetz besteht, soll es geschickt werden, und es ist die unabweisbare Pflicht der Reichsregierung, über die sinnunglose Ausführung der Reichsgesetze zu machen und entschiedenen Protest einzulegen gegen jede Verletzung des Gesetzes seitens einer ungesetzlichen Regierung.

Am letzten Freitag wurde für den kürzlich fortverordneten freiwiligen Abgeordneten Träger eine Reichstags-s-nachwahl im Wahlkreise Barzele feber vorgenommen, die wieder zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Bug und dem Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei führte. Nach dem vorläufigen amtlichen Resultat entfielen auf Bug 12557 (13 014), auf den Fortschrittler Dr. Wiener 11 059 (12 204) Stimmen, während die beiden rechtsstehenden Kandidaten etwa 2900 Stimmen gegen 4825 in der Hauptwahl auf sich vereinigten. Wie die meisten Nachwahlen, so weist auch diese einen Rückgang in der Zahl der abgegebenen Stimmen auf, der sich zum guten Teil daraus erklärt, daß nach den alten Verhältnissen gewählt werden mußte. Bei der Sozialdemokratie ist dieser Stimmenrückgang (450) am geringsten, trotzdem die Affluenz innerhalb der arbeitenden Bevölkerung zweifellos am stärksten ist. Es kann also wohl mit einiger Gewis-sicht angenommen werden, daß ein Teil der ehemaligen Wähler Trainers diesmal dem Sozialdemokraten gewöhlt hat. Besonders schwere Verluste dagegen haben die Fortschrittler mit einem Rückgang von 1300 und die National-liberalen mit einem solchen von 1450 Stimmen zu be-

klagen. Da die Wähler die Patate ausgegeben haben, unter allen Umständen die Wahl des Freiwiligen zu verhindern, ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß mit Bug der 111. Sozialdemokrat in den Reichstag einzieht.

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Stiergebets darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgegeben werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzufenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 19. bis 26. April erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Mugsburg	Andr. Gammel	Hilfsarb.	104904	Mann
Berlin	Reinh. Radlmer	Maurer	241934	"
	Ernst Helbig	Buhr	5237	"
	Albert Wagner	Hilfsarb.	2929	Frau
Bielefeld	K. Wehrensmeier	Maurer	112662	Mann
	G. Wientroth	"	113223	Frau
Braunschweig	Wilhelm Beder	Hilfsarb.	96541	"
Bremerhaven	Erwin Denck	"	240032	Mann
Brieg	Carl Nietsche	Maurer	178151	"
Cassel	Karl Jabbi	"	97021	"
	Willy Barthel	"	98321	Frau
Cöln	Joß. Wiesner	Hilfsarb.	52861	Mann
Crimmitschau	Louis Regel	Maurer	194497	Mann
Croßhitz	Heinrich Ipeit	"	198134	Mann
Frankfurt a. M.	F. Schneiderbauer	"	59217	Frau
Frankenwalde	Paul Stöfer	"	234667	Mann
Gießen	Wilhelm Pfeifer	"	150738	"
Gumburg	Ed. Schwiagt	"	132568	Frau
Hamburg	Andr. Brants	Hilfsarb.	13805	Mann
	W. Haut	"	10444	"
	Heinrich Möller	Maurer	19836	Frau
Hannover	Fritz Perth	Hilfsarb.	62644	Frau
Heidelberg	Fr. Klingmann	Maurer	119913	Mann
Hiesho	Chr. Silbermann	"	201247	Mann
Karlsruhe	Johann Herlan	"	99538	Frau
Lauenburg	F. Grotzfast	"	240574	Frau
Leer	Hilrich im Sande	"	207574	"
Leipzig	Paul Kunze	"	30054	"
Leisnig	Gustav Ditt	Hilfsarb.	242428	Mann
Lindenheid	Kalpar Dittmar	Bement.	125547	"
Mainz	Johann Naaber	Maurer	242695	Frau
Mittelnau	Friedr. Kreyber	"	129484	Mann
Mühlhausen Th.	F. Geringshausen	"	147638	"
München	Jos. Gieseler	Hilfsarb.	39602	"
Neufals	Friedr. Köhlig	Maurer	232037	Frau
Nossen	Richard Richter	"	164914	"
Nürnberg	Jobst Frick	Stukfatur	12270	Mann
Oeynhausen	Herrt. Büschhoff	Maurer	154033	Frau
Pirna	Albin Gähler	"	23881	"
Schwedel	August Krüger	"	141444	"
Schlangen	F. Beyer	"	233707	Mann
Schwefingen	Jakob Hartung	"	189344	Frau
Schnitz	Sebnitz Großmann	"	168069	"
Sonneberg	F. Heißmann	"	233768	Mann
Stuttgart	Wilhelm Alfer	"	66869	"
Regelart	J. Sämann	"	184661	"
Wesau a. Sa.	F. Goldenstein	"	193280	Mann
Wilsenhausen	H. Fischer	Hilfsarb.	129261	"

Vom 23. bis 28. April haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse geleandt: Nibing 43,48, Alnsbad 6, Arneburg 70,48, Alsenberg 40,39, Wschaffungen 952,11, Wschersleben 42,87, Wschersleben 34,70, Wschersleben 1180,02, Wschersleben 3647,53, Weich 173,81, Wriefen 25,27, Breitung 22,56, Burgdorf 1, Hannover 46,70, Bonn 1084,76, Burg b. Magdeburg 300, Bruchmühl 37,77, Wärensien 52,13, Bickow 8,51, Colmar i. Elßaß 88,51, Celle 546,24, Garsnau 70,85, Cassel 4,22, Calstedt 148,28, Dären 90,66, Demmin 95,01, Dießen 46,71, Dresden 19 049,70, Duisburg 2988,21, Detmold 220,70, Eternförde 1 306, Erlangen 321,10, Eßdorf 28,80, Eichenhof 2, Erfurt 400, Frankenstein i. Schlef. 82,55, Friedrichroda 52,20, Freudenwalde 92,27, Frankfurt a. M. 8000, Hensburg 360, Guben 300, Gengenbach 57,30, Greifenhagen 48,93, Gromau 49,71, Gr.-Müden 34,66, Grabow 27,03, Grotzfast 1385,88, Grotzfast 109,89, Garb a. d. Oder 98,55, Grotzfast 66,94, Grotzfast 56,88, Geyer 67,93, Golchen 49,83, Gr.-Schönebeck 26,50, Griebbrunn 1383,08, Herford 240,05, Hagenow 53,30, Hirschberg a. d. Saale 24,84, Himmelsdorf 7,57, Hirschfeld 270,58, Hirschheim 137,28, Holz-minden 110,81, Hertzberg a. Harz 103,91, Hermsdorf bei Berlin 45,92, Heiligenhafen 38,58, Habersleben 34,49, Hohenhausen 16,76, Homburg 13 000, Hann 531,02, Joachimsthal 7,20, Kirchbärder 74,61, Kremmen 29,78, Keulberg 88,94, Klaber 70,46, Königslutter 26,40, Lichow 17,76, Lissa 11,65, Lübbenau 157,53, Jenn 17,10, Luckenwalde 200, Mühlhausen i. Elß. 1409,46, Majfow 22,94, Müllheim a. d. M. 517,13, Mörhungen 304, Moorburg 129,13, Mannheim 2900, Minden 1871,74, Nörthheim 168,08, Neumarkt i. Schlf. 200,55, Neiß 60,26, Neuhardenberg 30,01, Neuhäbtl i. Schlf. 27,50, Niederhausen 6,41, Neuba 81,76, Neuenhagen 75,60, Neuhof 48,33, Nörthlingen 26, Döber-lieben 122,03, Prien 13,14, Pfortheim 1478,37, Peine 174,96, Pirmasens 123,67, Plau i. S., Plettenberg 60,34, Ribda 35, Rheins-berg 27,71, Neulinden 173,61, Neulinden 300, Neulinden 300, Neulinden 100, Radolitz 41,20, Reichenbach 100, Sorau 712,74, Schwabau 20, Saßa 14,19, Straßburg i. Elß. 1496,64, Schwiebus 50, Sommerfeld 17,21, Sachwitz 282,71, Sargard i. Mdlg. 2,98, Siebenbrunn 176,18, Salungen 61,96, Sachwitz (Zoppitz) 20, Tridel 36,15, Trepptom a. d. Rega 79,46, Zhemar 6,77, Zöllig 74,92, Ziefchenreuth

20,27, Zuttlingen 106,53, Taucha 300, Traumstein 5, Ustar 33,28, Weichau 33,20, Witten 237,71, Wolberg 50, Woll-wasser 212,03, Waldhof 174,41, Wernelskirchen 111,98, Wittenburg 37,44, Webel 143,92, Wreschen 103,03, Walters-hausen 123,61, Rossen 215,13, Zielesing 62,12, Zechau 109,69, Zechin 26,96.

Interale.

Alnsbad M. 2,50, Bonn 10, Burg b. M. 2, Bremen 47, Dären 10, Dresden 50, Duisburg 30, Detmold 5, Danzig 20, Erlangen 3,70, Eichenhof 3, Eisleben 2,03, Greifenhagen 1, Hirsch 20, Garb a. d. Oder 1,50, Hirschberg a. d. Saale 3, Hann 30, Königsberg i. Preußen 180, Mörhungen 12,60, Minden 20, Neumarkt i. Schlf. 5, Neuhäbtl i. Schlf. 2, Weiß 5, Pirmasens 5, Sorau 10, Sommerfeld 1, Weichau 5, Waltershausen 1, Witten 10.

Kalender.

Dresden M. 59, Garb a. d. Oder 8,50, Königsberg i. Pr. 150, Wernelskirchen 10.

Protokolle.

Wernelskirchen M. 1.

Die Reichsversicherungsbahn.

Dresden M. 9,75, Görlich —50, Karlstraße —30.

Arbeit und Kultur.

Duisburg M. 150.

„Grundfests“-Einband und Bekan.

Wschaffungen M. 3, Bremen 2,20, Dresden 2,20, Duisburg 12, Königsberg i. Pr. 3.

Bauhilfsarbeiter-Einband.

Königsberg i. Pr. M. 4.

„Correspondenzblatt“-Einband.

Dresden M. 3.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 19. bis 26. April sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Er f a h r e r dafür ausgestellt:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
0163608	Ulrich, Paul	Kirchberg	17. 8. 92	21. 9. 11
94206	Archimandit, F.	Danzig	20.11.67	18. 1. 09
082483	Abbrand, Heinrich	Waldappel	27. 1. 77	1. 4. 11
176247	Baron, Anton	Vogelsdorf	29. 4. 74	27. 1. 08
190694	Baum, Otto	St. Ulrich	24. 2. 85	26. 8. 10
094414	Beh, Johannes	Schnitzellen	22. 1. 75	18. 3. 11
055918	Berg, Franz	Ringshausen	15. 7. 51	4. 4. 11
200070	Bietich, Albert	Breslau	28. 11. 77	7. 10. 10
172008	Bischof, Karl	Köpen	26. 6. 66	5. 7. 91
181009	Böttner, Johann	Baryentz	1. 10. 82	1. 7. 05
200161	Dick, Wilhelm	Moschau	2. 2. 68	1. 10. 07
0189854	Dorn, Georg	Schönbrunn	14. 9. 79	3. 3. 12
236821	Dörrich, Gustav	Unterbrömsheim	26. 7. 67	2. 4. 05
2855	Dumke, Georg	Freienau	12. 1. 91	17. 7. 08
147638	Eringshausen, F.	Mühlhausen i. Th.	12. 6. 92	23. 4. 09
81390	Galante, Antonio	Schwiebus	5. 9. 78	19. 11. 10
0161525	Grabowski, F.	Grotz-Neusen	29. 5. 72	27. 8. 11
180232	Gräsel, Fritz	Gr.-Eichenbruch	21. 11. 84	15. 10. 10
55461	Helbing, Karl	Tennstedt	30. 6. 91	23. 6. 10
128739	Hohn, Michel	Röben	18. 1. 63	10. 10. 05
150755	Jung, Adolf	Mühlhausen	10. 4. 88	1. 4. 05
62412	Kammisch, Heinz	Preußt	2. 12. 76	16. 11. 09
239414	Keller, Alwin	Helmbrichts	8. 8. 89	11. 11. 06
62418	Kiel, Wilhelm	Wunstorf	29. 12. 91	1. 9. 09
0202564	Koskowski, Franz	Luz	17. 12. 80	9. 3. 12
0111997	König, Otto	Grotzschöcher	25. 12. 75	5. 7. 11
044417	Kraß, Albert	Dieterode	11. 11. 94	1. 4. 11
132680	Krüger, Max	Schneersdorf	15. 7. 87	5. 7. 05
138795	Krüger, Oskar	Sargard	9. 10. 80	1. 10. 03
094295	Kantke, Heinrich	Königsberg	20. 2. 90	13. 6. 11
088808	Luther, Arno	Neudorf	25. 7. 92	21. 6. 11
187463	Meyer, Wilhelm	Culm	6. 1. 87	15. 10. 10
183557	Mittler, Georg	Zittmoning	21. 1. 89	20. 11. 11
258236	Mosbach, Jakob	Schwiebrshausen	17. 3. 55	9. 7. 06
66736	Müller, Aug.	Nordhausen	15. 7. 70	11. 11. 10
0158484	Müller, Aug.	Alt-Dombrowo	10. 12. 54	2. 10. 11
213597	Neoralina, Th.	Wußtitz	12. 12. 85	17. 5. 09
0170259	Neumann, Chr.	Radbingim	24. 12. 85	18. 11. 11
398992	Niermeier, Josef	Eichfeld	4. 8. 66	12. 6. 04
073726	Papinski, Stefan	Culmsee	22. 2. 95	12. 8. 11
046579	Radtke, Robert	Stralsund	6. 10. 81	20. 4. 11
243309	Ratmann, Job.	Norby	18. 4. 74	13. 2. 11
289551	Rosenthal, Fern.	Niemegk	22. 11. 77	7. 10. 99
010751	Roth, Ludwig	Zein	15. 8. 82	6. 3. 11
229838	Runge, Heinrich	Heide	19. 11. 75	1. 7. 09
047678	Scheffel, Raver	Mittelfels	13. 8. 86	5. 4. 11
255457	Scherrer, Karl	Worß	22. 2. 89	17. 3. 07
25235	Schnecker, Josef	Neudorf	29. 9. 87	30. 7. 10
0185969	Schmüller, Georg	Schwarzenberg	24. 5. 58	1. 3. 12
0135780	Schneider, Peter	Saarbrücken	25. 7. 84	2. 12. 11
231672	Schneewolf, D.	Cassel	21. 3. 79	15. 11. 00
0118711	Schütte, Paul	Bengitz	15. 7. 69	12. 7. 11
171672	Schmidt, Friedrich	Güßfow	24. 9. 74	20. 9. 03
011947	Siefken, Johann	Wittmund	18. 1. 79	1. 8. 11
262144	Stoll, Gustav	Wolffshagen	25. 11. 58	8. 8. 09
0870	Stuber, Kalpar	München	25. 2. 90	22. 11. 11
260225	Stühnberg, W.	Wahlhausen	17. 10. 86	12. 8. 10
084550	Süßwitt, Franz	Dirschau	14. 6. 82	30. 5. 11
0185426	Tag, Heinrich	Kainzen	9. 7. 77	24. 2. 12
82116	Taraba, Erich	Breslau	31. 12. 83	5. 5. 07
43097	Tausch, Paul	Radstaken	21. 1. 62	4. 9. 07
183418	Thunhuber, Adolph	Zein	21. 11. 65	6. 5. 05
0199878	Weigelt, Albin	Schulthitz	11. 9. 75	28. 8. 11
222427	Wille, Julius	Perleberg	6. 2. 72	28. 8. 97
229784	Wandetta, Luigi	Itzen	30. 4. 83	15. 7. 10
675461	Weger, Fritz	Oberhausen	14. 7. 77	1. 8. 05

Folgende Zweigvereine haben bis zum 28. April die Abrechnung für das I. Quartal 1912 nicht eingelangt: Gau 1 (Königsberg) Friedland, Gerswalde, Nittlitz, Gau 2 (Bromberg) Schloppe, Tarnowitz, Wandenburg.

Gau 3 (Stettin) Banfin, Gammin, Meiersberg, Rummelsburg. — Gau 4 (Breslau) Deutsch-Raffelwitz, Frankenstein, Friedberg a. D., Glatz, Randzin, Rattowitz, Landesgut, Streibitz, Ziegenhals. — Gau 5 (Berlin) Birkenwerder, Frieberg a. d. D., Gorgast, Kirchhain, Al-Berlin, Schönebeck, Mühlenteb, Prenden, Schönfließ. — Gau 6 (Magdeburg) Braunlage, Galbe a. d. W., Geseh, Elster. — Gau 7 (Erfurt) Mühlenteb, Nassenberg, Stadtilm. — Gau 8 (Frankfurt) Allendorf-Sooden, Darmstadt, Franzenberg, Frankfurt a. M., Fulda, Gießen, Niederschauen, Nöhra, Wöllershausen. — Gau 10 (Dormund) Bochold, Wabbed. — Gau 11 (Hannover) Bodenem, Bodenfelde, Lauterberg, Osterode a. S., Wittingen. — Gau 12 (Bremen) Diepholz, Dissen. — Gau 13 (Hamburg) Gravenstein, Hohenwestedt, Oldenburg i. S., Quickborn, Reinsfeld, Trittau. — Gau 16 (Leipzig) Wittweida. — Gau 17 (Münster) Altdorf, Hückstadt. — Gau 18 (München) Ingolstadt, Landsberg a. Lech, Landsbut, Mindelheim, Mühlhof, Neuburg, Pfaffing. — Gau 19 (Stuttgart) Friedrichshafen, Gmünd-Schw., Konstanz, Pfliegerau, Ravensburg, Rottweil, Stuttgart, Wiblingen. — Gau 21 (Straßburg) Müllhausen i. G., Rufach.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Berlin: Die Ffollter August Wächter, geboren am 23. Januar 1862, eingetreten am 1. Juli 1902 (Verb.-Nr. 4594), und Otto Niemuth, geboren 18. Juni 1887, eingetreten am 4. April 1911 (019 824); Rahla: Otto Lefer, geboren am 4. April 1885 zu Lichtshain (146 946); Lyd: Wilhelm Jelinek, geboren am 6. August 1878, eingetreten am 1. März 1906 (260 176), und Karl Andreas, geboren am 10. April 1871, eingetreten am 1. März 1911 (042 280). Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufforderung. Das Mitglied Friß Schimrow, Maurer aus Bessow, geboren am 19. August 1890, wird aufgefordert, seine Adresse dem Verbandsortstand mitzuteilen. Der Kollege Joseph Bauer, geboren am 8. Juni 1867 zu Jalaßill, wird aufgefordert, vom Umstgericht Friedberg a. d. Bayern seine Papiere und Geldbesitz abzufordern. Das Verfahren ist wegen Verjährung eingestellt. Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Sörde: Stephan Suchowick, geboren am 6. Oktober 1881 zu Lubau (Verb.-Nr. 153 832). Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Allendorf-Sooden. Sperrte über die Firmen Henkroth in Allendorf a. d. W. und Wachsmuth in Soden a. d. W.
 Allenstein. Streik bei dem Unternehmer Binkowski.
 Angermünde. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Schulz.
 Behra. Streik.
 Bernburg-Gröna. Sperrte über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegeleibau).
 Bernsdorf. Sperrte über den Unternehmer Schneider.
 Bordschölm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.
 Borkum. Differenzen.
 Borna. Differenzen.
 Bremen. Sperrte über die Tiefbaufirmen Köhnken & Co. und Brauns.
 Bütow. Sperrte über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
 Coburg. Streik.
 Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers.
 Dömitz. Streik in Dömitz, Bokup, Hoiddorf, Niendorf, Klein-Schmöhlen, Malliß, Neu-Kalliß, Konow und Polz.
 Dresden. Sperrte über die Firma Burmeister & Weis (Ausführung von Kühlanlagen).
 Eilenburg. Sperrte über die Celluloidfabrik.
 Einsiedel b. Chemnitz. Sperrte über die Firma Seifert.
 Gartz a. d. O. Sperrten über die Firmen Winter in Hohen-Reinkendorf und Wolter in Wartin.
 Genthin. Differenzen wegen Lohnabzugs.
 Glatz. Streik.
 Gollsen. Streik.
 Gräfenhain. Sperrte über die Firma Gruber.
 Gross-Umstadt. Lohn-differenzen.
 Glösen. Sperrte über die Firma Burau.
 Gützkow. Sperrte über die Firma Peters.
 Hagenau. Sperrte über die Firma Reiß.
 Heidenheim a. d. Br. Sperrte über die Firma Feuerbacher (Inh. Witwe Veil).
 Hermannsburg. Streik.
 Herzberg a. Harz. Differenzen.
 Hettstedt. Aussperrung.
 Hol. Sperrte bei dem Unternehmer Brabeck.
 Ichnershausen. Streik bei der Firma Franz Mascher.
 Jarmen. Sperrte über die Firma Brandt.
 Königswusterhausen. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Hensel.
 Landsberg a. d. W. Sperrte über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
 Leer. Sperrte über die Firma Gebr. Schulte.
 Leipzig. Sperrten über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Unternehmer Stein & Walter in Sellerhausen, Bülowstraße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellerhausen, Paulinenstraße, und Küster in L.-Dösen, Ecke Johann- und Eigenheimstraße, sowie über den Neubau des Unternehmers Max Naumann in Connewitz, Scheffelstraße.
 Lyck. Streik.
 Mühlheim-Oberhausen. Sperrte über das Stahlwerk Thyssen.

Nannhof. Sperrte über Ebert & Hietschold.
 Niemögg. Streik.
 Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
 Nürnberg. (Steinhauer.) Sperrte über die Firma Leikam.
 Oldenburg i. Gr. Differenzen in Westerstede u. Umg.
 Podeljuch. Sperrte über die Firma Köhnmann in Finkenwäldchen, Differenzen mit dem Unternehmer Neumann aus Greifenhagen.
 Rotenburg i. Hannover. Sperrte über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind.
 Sachwitz. Sperrte bei der Firma Riediger Tinz.
 Samotschin. Aussperrung.
 Scherrebek. Streik.
 Schwensen b. Posen. Sperrte über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
 St. Margarethen. Aussperrung.
 Stargard i. Pomm. Streik bei dem Unternehmer Schöneberg.
 Stettin. (Maurer.) Sperrte über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.
 Tengern (Zweigverein Löhne). Streik.
 Wähltz-Hohennölsen. Streik.
 Werder a. d. H. Streik.
 Wismar. Sperrte über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.

Zinnowitz. Sperrten über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadowasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mädke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger:

Bochum. Sperrte über die Firma Weringlorf.
 Cöln. Sperrte über den Zwischenmeister Peter Gescher.
 Dortmund. Sperrte über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.
 Essen. Sperrten über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.
 Hamburg. Sperrte über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
 Mannheim-Ludwigshafen. Sperrten über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
 Mülheim a. d. R. Sperrte über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Stukkateure:

Berlin. Streik.
 Bremen. Streik.
 Breslau. Sperrte über die Firma Simlinger & Gode.
 Bruchsal. Sperrte über die Firmen H. Knoch, Franz Gluck und E. Rullmann.
 Gera. Sperrte über die Firma Gustav Dressel.
 Karlsbad i. B. Sperrte über die Firma Holub.
 Kempten. Lohn-differenzen.
 München. Sperrte über die Firma Fraton & Sellmaier.
 Osnabrück. Sperrte über die Firmen Pernot und Brouwers.
 Schlettstadt. Sperrte über die Firma Bertelle.
 Weida. Lohn-differenzen der Stukkateure, Bildhauer und Zementierer bei der Firma Göpel.
 Luzern (Schweiz). Streik der Gips- und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

Berlin. (Steinholzleger.) Sperrte über die Brandenburgischen Steinholzwerke.
 Cöln. (Steinholzleger.) Sperrten über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.
 Düsseldorf. (Steinholzleger.) Sperrte über Nülle & Otto, Kettenbeil-Eisenach, Zweigggeschäft Düsseldorf und Barmen.
 Eisenach. (Steinholzleger.) Differenzen mit der Firma Otto Kettenbeil.
 Stuttgart. (Steinholzleger.) Streik über sämtliche Firmen und deren Filialen in Stuttgart, Feuerbach und Ludwigsburg.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshafen haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

In Weislow 6. Stettin ist bei dem Unternehmer Wählpaff für einige Maurer Arbeitsgelegenheit.

Gau Berlin.

In Niemeß wurden bisher 35 1/2 Stundenlohn für Maurer gezahlt. Dieser Bezirk gehört zu den wenigen in der Provinz Brandenburg, die noch nie aus eigener Kraft eine Lohnverbesserung durchgesetzt haben, sondern die billige von der Bezirksverwaltung der Nachbarbezirke abhängig waren. Obwohl nur 3 1/2 Lohn-erhöhung gefordert wurden, ließen sich die Unternehmer auf Verhandlungen gar nicht ein. Am 22. April haben 25 Maurer bei drei Unternehmern die Arbeit eingestellt. Mit zwei Unternehmern ist eine Verständigung nachträglich herbeigeführt und die Arbeit nach zehntägigem Streik wieder aufgenommen worden. Der dritte Unternehmer will sich Bezahlung aus Cammer und Pernitz leisten und mit diesem seinen Betrieb einigermassen aufrechterhalten. Da er aber verhältnismäßig sehr viel Arbeit hat, wird er sich auch mit diesem Hilfsmittel nicht um die Anerkennung der Forderung herumdrücken können. — Auch in Werder scheint der Streik zu wüthen. Die Unternehmer verdrachten zwar in einem Schreiben vom 26. April, daß die angefangenen Arbeiten Zeit hätten und neue Arbeiten nicht angenommen würden, dadurch sei die Situation für die Arbeiter jedenfalls doch nicht günstig. Trotzdem seien die Unternehmer aber bereit, vom 1. April 1913 an eine Lohn-erhöhung von 2 1/2 zu bewilligen, damit die Arbeit so bald wie möglich wieder aufgenommen werden könne. Trotz dieser eindringlichen Warnung wollen die Streikenden vorläufig aber lieber doch noch an ihrer Forderung festhalten, so daß Zugang noch streng ferngehalten ist.

Gau Bremen.

Die Aussperrung in Nordenham dauert ununterbrochen fort. In der letzten Woche ist es den dortigen Unternehmern mit finanzieller Hilfe der am Orte vorhandenen Industriellen gelungen, durch den italienischen Maurer Jatro, der sich hier seit langem ganz besonders als Streikbrecher hervortrat, etwa 40 bis 50 Italiener aus dem Innern Deutschlands — wahrscheinlich aus Mecklenburg und Westfalen — zusammenzusammenschleppen. Ein Teil dieser Leute hat bereits wieder den Ort verlassen. Kräftig ist es, daß auch bei uns organisierte Italiener zugereist kommen. Es ist daher ganz besonders angebracht, auf die Italiener zu achten. Die Mehrzahl unserer Kollegen ist anderweitig beschäftigt, und zwar zu einem höheren Stundenlohn, als er am Orte gezahlt wird. Die am Orte anwesenden Kollegen halten den Kopf hoch und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die Unternehmer sind mit ihren Oktoberarbeiten jetzt nicht weiter als im Januar, wo die Aussperrung begann, obwohl der Bezirksverband und die Industriellen für die Beschaffung der italienischen Mauerer 10 000 bis 12 000 ausgegeben haben. — In Döllingen ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der bis zum 31. März 1913 läuft und eine Lohn-erhöhung von 5 1/2 pro Stunde vorsieht; ferner sind Zugabe für Überstunden von 10 1/2 und für Nacht- und Sonntagsarbeit von 25 1/2 pro Stunde sowie Zugabe für Arbeit in Kältearbeiten, Radofenbauten und sonstige schmutzigen Arbeiten vereinbart worden. — In Leer i. Ofr. zahlte die Firma Gebrüder Schulte seit 1. April für Gesellen statt 49 1/2 Tariflohn nur 45 1/2, die Arbeiter erhielten statt 40 1/2 nur 34 bis 37 1/2. Aus dem Arbeitgeberverband ist für im vorigen Jahre ausgetreten. Da sie auf gutlichem Wege nicht zu bewegen waren, den Vertrag anzuerkennen, wurde am 24. April die Arbeit eingestellt. Verhandlungen blieben zunächst erfolglos, doch schon am nächsten Tage erklärte sie sich für die Arbeit. Der Tarif für sie in allen seinen Bestandteilen als rechtsverbindlich anzuerkennen.

Gau Erfurt.

Aus Coburg schreibt man uns: Ueber den Stand des Streits ist zu berichten, daß sich von den 375 Kollegen, die die Arbeit niederlegten, im Laufe der letzten Woche noch 147 zur Kontrolle meldeten. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 87 Kollegen; die anderen sind zum Teil abgereist oder anderweitig untergebracht. Im Laufe dieser Woche werden wieder 30 bis 40 auf drei bis vier Wochen anderweitig untergebracht, so daß die Zahl der Streikenden noch weiter zurückgehen wird. Durch Bekanntmachungen in verschiedenen Zeitungen, der Streik sei zu Ende, haben die Unternehmer versucht, für genügend Zugang zu sorgen. Es ist jedoch bis jetzt immer gelungen, diese Kollegen wieder zur Arbeit zu bewegen. Am 24. April fand zwischen Vertretern beider Parteien eine unerbittliche Aussprache statt. Die Unternehmer wollten wissen, auf welcher Grundlage der Kampf beendet werden könne. Einen einzigen Pfennig glauben sie anbieten zu können. Unsere Vertreter bestanden auf voller Erfüllung der geforderten Lohn-erhöhung von 5 1/2. In ihrer Versammlung beschloßen dann die Unternehmer, 2 1/2 zuzulegen, wenn am 29. April die Arbeit aufgenommen würde. Diesen Vorschlag der Unternehmer lehnte die Versammlung der Streikenden ab, beschloß aber, den Unternehmern einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten. Das ist geschehen. Ob er zum Frieden führen wird, ist fraglich, indem es nach Ansicht der Unternehmer unmöglich sein soll, 5 1/2 zuzulegen. Meinen die abgereisten Kollegen fort und tun die nächstgelegenen Zweigvereine alles, um den Zugang fernzuhalten, dann müssen die Kollegen erhalten, was sie gefordert haben und was ihnen eigentlich schon längst gebührt.

Gau Hamburg.

Bei dem Unternehmer Franzen in Mobergh-Osterholz bei Eiderbrack sind die Maurer in den Streik angetreten. Die Firma sucht durch alle Lokalblätter in der Umgegend Arbeitskräfte. Zugang ist ferngehalten.

Gau Hannover.

Aus Munster wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1907 haben die hiesigen Kollegen einen Stundenlohn von durchschnittlich 43 1/2 gehabt. 1908 haben die Kollegen eine Bewegung geführt, ohne den Gausvorstand davon in Kenntnis zu setzen. Die Folge davon war, daß der Kampf verloren ging. Es fehlte an der Disziplin der Kollegen, auch hatten diese Angst, sie könnten später ohne Arbeit sein. Jetzt sind die Kollegen, die damals an der Leitung standen, große Gegner von uns geworden, die meinen, sie brauchen keinen Verband, sie belamern ihr Geld doch. Aber durch solche Treibereien lassen sich die organisierten Kollegen die Arbeit für die Organisation nicht verdienen. Sie haben im Frühjahr durch Vermittlung des Gausvorstandes die Forderung an die Unternehmer gestellt, daß der Lohn von 43 auf 48 1/2 erhöht werde. Im Auftrag seiner Kollegen teilte der Unternehmer Schlichte unserm Gausvorstand mit, daß sie bereit wären, den Lohn von 43 auf 48 1/2 zu erhöhen, was die Unternehmer für sämtliche Organisierte und einige Inorganisierte auch getan haben. Für vier Mann, die ebenfalls dem Verbande nicht angehören, hat ein Meister 45 1/2 Stundenlohn festgesetzt. Gerade diese Kollegen sind nicht dazu zu bewegen, in unsern Verband einzutreten. Dafür bekommen sie nun 30 1/2 pro Tag weniger als die Kollegen, die im Verband sind. Die Meister erkennen eben nur dann unsere Forderungen an, wenn wir geschlossen dastehen: einer für alle und alle für einen. Das mögen sich die uns noch fernstehenden Kollegen merken. — Nach einer Mitteilung des Gausvorstandes haben die Unternehmer in Munster ihr Verprechen nicht ganz erfüllt, indem sie den Lohn der Hilfsarbeiter nur um 3 1/2, anstatt um 5 1/2 erhöht haben. Hier muß der Einfluss der Organisation einsehen, aber leider sind von elf Hilfsarbeitern nur zwei Mitglieder unserer Organisation. Auch von den Maurern stehen noch zehn außerhalb unsern Reihen. Auch hier muß eine Veränderung eintreten, wenn die Unternehmer unsern Wünschen und Forderungen mehr Beachtung entgegenbringen sollen. — Da der Unternehmer Stödemann in Calefeld, zum Arbeitgeberverband Osterode gehörend, die am 1. April fällige Lohn-erhöhung von 2 1/2 nicht gezahlt hat und auch ein gutlicher Versuch unserer Kollegen.

ihm zu veranlassen, das Versäumte nachzuholen. Ich geschlagen ist, haben am 16. April, als der Unternehmer erklärt hatte: „Wer für den Lohn nicht arbeiten will, kann aufhören“, von 23 Kollegen 22 die Arbeit eingestellt. Ein Verzicht des Gauleiters, die Sache einzureichten, ohne ohne Erfolg. Der Unternehmer erklärte, daß es die Konkurrenz nicht zulasse, die Lohnherhöhung zu zahlen. Die Bauern würden ihm auch keine Arbeiter mehr überlassen, wenn er den höheren Lohn zahle. Da ihm die Bauern nun aber nicht helfen werden, muß er sich schon besonnen, nach dem Tarifvertrag zu gehen. Zu einer weiteren Niederlegung der Arbeit kam es am 18. April beim Unternehmer, Scholten in Gardelegen, der sich weigerte, jemand zum Einholen von Nahrungsmitteln zu stellen, und den Lebrigen sogar untertags Trinkwasser herbeizuschaffen. Scholten hat einsehen müssen, daß er doch eine große Dummheit begangen hat. — Er hatte nicht mit dem Einfluß der Organisation gerechnet. Da der größere Teil unserer Kollegen auch gleich anderweitig Beschäftigung gefunden hat, wird die Sache für sich noch unangenehmer, besonders da nun unsere Kollegen mit Aufnahme der Arbeit auch noch eine Lohnherhöhung verlangen. Fast acht Tage sind verstrichen, und der Unternehmer weiß immer noch nicht, wie er sich aus der Geschichte herauswinden will. — In **Zeitz** war nach dem Schiedspruch in Dresden während der Vertragsdauer, da Seelen nach der Vollzahlung von 1907 unter 5000 Einwohner hatte, eine Lohnherhöhung von 4 3 zu gewähren, und da sich die Seelener Unternehmer an der Ausperrung beteiligt hatten, waren sie auch zum Vertragsabschluß verpflichtet. Zu einem solchen ist es aber trotz wiederholt stattgefundener Verhandlungen noch immer nicht gekommen. Hierdurch hatten unsere Kollegen Handlungslosigkeit. Da der Lohn vor der Ausperrung 1910 35 3 betrug und sich am 1. April d. J. auf 39 3 erhöhen mußte, forderten unsere Kollegen von den Unternehmern einen Lohn von 40 3. Die Unternehmer haben sich bereit gefunden, den Lohn auf 40 3 zu erhöhen, aber zu einem Vertragsabschluß ist es immer noch nicht gekommen. Eine sonderbare Sorte Unternehmer müssen wir im Kreise **Hlar** besitzen. Der Gauvorsitzende fandte im Monat Februar an sie eine Forderung, nach der sich der Lohn am 1. April d. J. von 22 auf 25 3 und am 1. April 1913 auf 27 3 erhöhen sollte. Der Unternehmer Kerl als Baufragter seiner Kollegen teilte Ende März mit, daß sie bereit seien, die Löhne, die bisher 28 bis 32 3 betragen hätten, auf 32 bis 33 3 zu erhöhen und eine weitere Regelung im Laufe des Jahres vorzunehmen. Unsere Kollegen erreichten einen kleineren Erfolg durch ihre junge Organisation als durch die haben. Aber: „Gassen und Gassen, macht manchen zum Narren.“ Bei der ersten Lohnzahlung nach dem 1. April wurde ein höherer Lohn als vorher nicht gezahlt. Am 15. April ist der Unternehmervertreter vom Gauvorsitzenden an seine eingegangene Verpflichtung erinnert und um Mitteilung gebeten worden, aus welchem Grunde die höhere Entlohnung unterblieben sei. Bis jetzt ist eine Antwort nicht eingegangen. Wenn die Konjunktur nicht manches zu wünschen übrig ließe, wäre mit den Unternehmern längst Kontakt geredet worden.

Gau Karlstraße.

In **Eisenberg** (Zweigverein **Worms**) sind die Differenzen erledigt. Die Unternehmer erklärten sich bereit, die tarifliche Arbeitszeit einzuhalten. Eine am 29. April tagende Mitgliederversammlung beschloß einstimmig, alle Kollegen, die sich nicht strikte an den Tarif halten, als Tarifbrecher zu betrachten. Wiederholt kam zum Ausdruck, daß Tarifbruch und Streikbruch nicht weit auseinander liegen. In **Grünstadt** lehnten die Unternehmer in probierender Weise jede Verhandlung ab. Die Verteilung der bestehenden Differenzen ab. In einer Versammlung wurde beschlossen, die zweite Instanz anzurufen.

Gau Königsberg.

In **Yut** hat der Kampf jetzt schärfere Formen angenommen. Die Unternehmer lehnen es nach wie vor ab, einen Vertrag für die Arbeiter abzuschließen. Da sich die Hilfsarbeiter aber zu drei Viertel am Kampfe beteiligen und die Maurer, mit Ausnahme von drei Ausdritteligen, den Kampf geschlossen führen, wird die Entscheidung zugunsten der Streikenden fallen. Wie die Dinge zurzeit liegen, wird der Streit immerhin noch zwei bis drei Wochen dauern. Unsere Kollegen haben sich auch auf eine längere Dauer des Kampfes eingerichtet. Wie unangenehm den Unternehmern der Streit ist, geht daraus hervor, daß sie in die „Yuder Zeitung“ eine Notiz lancierten, wonach eine Verständigung mit den Maurern erzielt sei, während für die Hilfsarbeiter der alte Lohnsatz bestehen bleibe und diese auch nicht in das Vertragsverhältnis aufgenommen würden. Eine deutliche Gegenklärung unserer Streikleitung dürfte die Unternehmer zu der Überzeugung gebracht haben, daß ohne eine tarifliche Festlegung der Löhne der Bauhilfsarbeiter an Frieden mit den Maurern nicht zu denken ist. Durch Abschluß eines Vertrages für Maurer und Hilfsarbeiter können die Unternehmer den Frieden mit uns zu jeder Stunde schließen. Die Maurer Wilhelm Jeliniski und Karl Andreas wurden wegen Streikbruchs aus dem Verbands ausgeschlossen. Nach eintägigem Streit haben sich die Unternehmer in **Cyhdahner** doch entschließen müssen, mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern einen Vertrag abzuschließen. Bis zum letzten Moment hatten sie sich gestäubt, die Hilfsarbeiter in den Vertrag aufzunehmen. Ihr einziger Grund gegen die vertragliche Regelung der Bauhilfsarbeiterlöhne war die Staatsangehörigkeit der Arbeiter. Diese sind hier nämlich zu neun Zehnteln Russen, die täglich nach ihrem Wohnort zurückkehren. Diesen Arbeitern gegenüber nehmen die Unternehmer das unverbrüchliche Recht der grenzenlosen Ausbeutung in Anspruch. „Als gute „Patrioten“ wollten sie wohl den deutschen Arbeitern die „höchsten Löhne“ zahlen, aber den Russen gegenüber wollten sie freie Hand behalten. Um dies Ziel zu erreichen, richteten sie einen einbringlichen Appell an die deutschen Maurer; natürlich vergebens. Nach mehrstündigen Verhandlungen gaben sie dann ihren Widerstand als nutzlos auf und bequamen sich; wenn auch schweren Herzens, zum Vertragsabschluß. Für die Zimmerer wurde der Lohn auf 48 3 sofort und auf 50 3 vom 1. Juli 1912 an festgesetzt. Die Lohnsteigerung beträgt hier 5 3 pro Stunde. Damit sind die Zimmerer im Lohn den Maurern gleichgestellt. Bemerkenswert ist hier noch eine Erklärung

der Unternehmer. Wären die Zimmerer schon früher organisiert gewesen, meinte einer der Herren, dann hätten sie schon früher den Lohnsatz der Maurer bekommen. Die Zimmerer müßten sich das merken und treue Mitglieder unseres Verbandes bleiben. Ohne Organisation ist den patriotisch-willkommenen, willenlosen Ausbeutern wie der Masse ein willkommener, willenloses Ausbeutungsbild. Für die Hilfsarbeiter wurden folgende Lohnsätze vereinbart: für gewöhnliche Bauhilfsarbeiter sofort 29 3 und vom 1. Juli an 30 3, für Träger sofort 32 3 und vom 1. Juli an 35 3 pro Stunde. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Polizei uns unser Versammlungsort abtrieb und so die Versammlung, in der der Streit beschlossen werden sollte, hintertrieb. Trotzdem wurde die Parole zur Arbeitsniederlegung ausgegeben, und die danach erfolgende Agitation vom Mund zu Mund bewirkte auch bis zum Mittag des ersten Streiftages die vollständige Arbeitsruhe auf allen Baustellen. Wären unsere Kollegen, besonders die Hilfsarbeiter, durch weiteren Ausbau der Organisation die erregende Position behauptet. In **Schönbühl** mußte über die „Patrioten“ des Unternehmers Klärung wegen Vertragsbruchs die Sperre verhängt werden. Kleinigkeit mimte zuerst den strengen Mann und schickte jede Verhandlung brutal ab, gab aber nach der Arbeitsniederlegung kein bei. Nach kurzen Verhandlungen verpflichtete er sich zur strikten Einhaltung des Vertrages und zahlte den beteiligten Mitgliedern unseres Verbandes auch den halben Tagelohn als Entschädigung für den von ihm veranlassten Lohnverlust. Einen Tag früher hätte Klemmung den Frieden billiger haben können. Der Ausgang der Sperre wird dem „starken Mann“ sicherlich eine Lehre für sein weiteres Verhalten sein. Kommt in **Möhringen** im Laufe der Woche keine Verständigung mit der Firma Hildenbrand zustande, so wird der Kampf von uns aufgenommen. Den Kollegen wird die Parole zur Arbeitsniederlegung dann durch den Gauvorsitzenden ausgegeben werden. Arbeit haben wir für die bei Hildenbrand beschäftigten Maurer schon in Königsberg und andern Orten besorgt.

Gau Leipzig.

In **Werdau i. S.** wurden, wie uns von dort berichtet wird, am 22. April die bei der Firma Robert Richter beschäftigten Kollegen wegen Mahrregelung von fünf Kollegen in den Abwehrstreit getrieben. Bei genannter Firma ist es schon seit Jahren Usus, den einen Tag einen Transporter Leute anzunehmen und am anderen Tage, nach dem ausgelesen ist, wieder verschickene zu entlassen. Nach dem wieder dieser Fall wieder eingetreten, wenn wir nicht zur rechten Zeit die richtigen Maßnahmen getroffen hätten. Jeder Kollege, den wir als Baudelegierten bestimmten, wurde immer auf Reparatur geschickt, und der jetzige Baudelegierte sollte sogar aussetzen. Das wurde den Kollegen doch zu bunt, und so legten 70 Mann einmütig die Arbeit nieder. Als die eingeleitete Kommission bei Richter vor sprach, um zu verhandeln, hat er sich acht Tage Bedenkzeit aus, die auch gewährt wurde. Jedoch schon am dritten Tage wollte er mit uns verhandeln. Dabei erreichten wir nicht bloß, daß sämtliche Forderungen bewilligt wurden, sondern es traten auch verschiedene Verbesserungen ein, zum Beispiel wurde jeglicher Afford abgeschafft. Sämtliche Kollegen wurden wieder eingestellt. Ferner mußte sich Richter zu einer Entschädigung von 4 und 8 für jeden Maurer und Hilfsarbeiter bereitstellen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Diesen Schaden konnte sich Richter sparen, wenn er gleich am Montag diese Zugeständnisse gemacht hätte. Döfentlich werden nun die Baudelegierten ferner etwas mehr respektiert.

Gau Magdeburg.

Die **Hettfelder** Maurer sind ausgesperrt worden. Der Unternehmer Steller, ein Mann, der noch vor wenigen Jahren selbst mit Hammer und Kelle hantierte, trägt daran die Schuld. Vor der großen Ausperrung im Baugewerbe betrug der Stundenlohn für Maurer 42 3. Als dann nach der Ausperrung zum Tarifabschluß gedrungen werden sollte, lehnten die Unternehmer das ab und führten dem Arbeiterverband den Rücken. Infolge der Mahrregelungen der Bergarbeiter, die nach dem Kampfe stattfanden, wanderten Hunderte von Bergarbeiterfamilien aus; ihnen schloßen sich die Maurer an, so daß auch ihre Organisation gewaltig darunter leiden mußte. Nun endlich nach Jahren war es gelungen, den jungen Nachwuchs der Maurerschaft der Organisation wieder zuzuführen. Da ist es doch erklärlich, daß die Maurer, deren Lohnsatz jetzt auf mindestens 47 3 stehen sollte, die aber nur 40 3 erhalten, eine Aufbesserung verlangen. Der Gauleiter wurde beauftragt, mit dem Unternehmer in Verhandlungen zu treten. Aber jede Verhandlung ablehnend, erklärte Steller im schweifen Lode, daß er Verbandsgefellene überhaupt nicht beschäftigen werde. Als er die organisierten Maurer entließ, erklärten sich die Nichtorganisierten sofort solidarisch und verzließen ebenfalls die Baustellen. Zugun nach Hettfeld ist streng ferngehalten. Die Maurer werden den ihnen ausgedruckten Kampf dann mit Erfolg zu Ende führen können. Unternehmer Philipp hat sich dem Vorgehen Stellers nicht angeschlossen, sondern sich sofort bereit erklärt, den Lohn von 40 auf 45 3 zu erhöhen, und will sich, wenn mit Steller ein Vertrag mit höheren Löhnen zustande kommt, diesem Vertrage anschließen. — Inzwischen sind auch von unparteiischer Seite, von einem Geschäftsmann, der anscheinend finanzielle Verbindungen mit Steller hat, Einigungsversuche gemacht worden. — Trotz der Schwierigkeiten, die sich für Steller aus der ganzen Situation ergeben, hat er auch diese Versuche, den Frieden herbeizuführen, zurückgewiesen. Der Mann rechnet damit, daß die Unorganisierten zu seinen Fleischtöpfen zurückkehren werden. Erst wenn er sieht, daß er sich auch darin getäuscht hat, wird er zur Vernunft kommen.

Gau Nürnberg.

In **Andbach** stehen die Kollegen mit den Unternehmern in Differenzen, weil selbige sich weigern, die Lohnherhöhung, die laut Tarifvertrag am 1. April eintreten sollte, allgemein durchzuführen. — In **Wamburg** hat eine Sitzung vor dem Gewerbegericht stattgefunden, das feststellte, daß das Verlangen der Unternehmer, in den Tarifvertrag den Satz einzufügen: „Nichtleistungsfähige Maurer und Bauhilfsarbeiter sind dieser Vereinbarung ausgeschlossen“, unzulässig sei, so daß, wenn nicht alle Anzeigen trügen, bis

Ende des Jahres der Vertrag doch noch abgeschlossen werden kann. — In **Hof a. d. E.** hatte sich der Unternehmer Wradel erlaubt, einzelne unserer Kollegen zu mahnen. Da er das schon mehrmals getan hatte, so glaubte man, sich solche Dinge von ihm nicht noch länger gefallen lassen zu dürfen. Es wurde, da keine persönliche Vorstellung ihren Zweck erfüllte, die Sperre verhängt, die mit einem Siege der Kollegen endete. Die Entlassenen wurden wieder eingestellt. — In **Schönau a. d. E.** Zweigverein **Schweinfurt**, ist es durch gütliche Überzeugung gelungen, den Schweinfurter Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen, wodurch eine Lohnherhöhung für Maurer von 7 3 und für Hilfsarbeiter eine solche von 8 3 pro Stunde erzielt wurde. Außerdem werden auch noch die besonderen Leistungen nach dem Schweinfurter Vertrag vergütet, was für bisher eine Mehrgelohnung nicht stattfand. — Für die Erdarbeiter in **Schweinfurt** wurde gleichfalls ein Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen, wodurch eine Lohnherhöhung von 2 3 pro Stunde erreicht wurde. — In **Reichswart** haben im Jahre 1910 die Unternehmer zwar mit ausgesperrt, als es aber galt, den Schiedspruch von Dresden durchzuführen, waren die Unternehmer aus ihrer Organisation verschwunden, wobei ihnen die schlechte Baukonjunktur, die in den letzten beiden Jahren dort herrschte, sehr aufstatten kam. Ein Unternehmer führt zurzeit einen Bau aus, und hier packten die Kollegen die Gelegenheit beim Schopf und stellten die Arbeit ein, was nach einigen Stunden den Erfolg hatte, daß sich der Unternehmer bereit erklärte, den vertraglichen Lohn zu zahlen. — In **Wettersburg i. B.** waren im Jahre 1910 die Bauhilfsarbeiter noch nicht organisiert, weshalb sie im Vertrag auch keine Aufnahme finden konnten. So gingen sie auch in den Jahren 1910 und 1911 ohne jede Lohnherhöhung aus. Da zurzeit die Hilfsarbeiter in ihrer Mehrgelohnung dem Verband angehören, so wurde für sie eine Lohnherhöhung von 2 3 pro Stunde für das laufende Jahr sowie Lohnzuschläge für besondere Leistungen nach dem Vertrag der Maurer gefordert. Eine Antwort haben uns zwar die Unternehmer noch nicht zutommen lassen, es ist aber zu erwarten, daß sie auf die von uns vorgeschlagene Unterabnahme eingehen werden und eine Einigung zustande kommen wird. — In **Röthenbach** bei **Auf**, Zweigverein **Nürnberg**, haben die Kollegen den Unternehmern ebenfalls eine Lohnforderung ausgehen lassen, die eine Erhöhung des Lohnes um 5 3 pro Stunde vorsieht. Eine Unterabnahme hat bereits stattgefunden, doch konnte man sich dabei noch nicht einigen. Eine weitere Unterabnahme ist bereits angelehnt, und es ist auch hier zu erwarten, daß eine Einigung auf friedlichem Wege zustande kommt.

Berichte.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Harburg. In geradezu unverständlicher Weise haben sich hier einige Gewerkschaftsleiter gegenüber unserer Organisation gezeigt, als es galt, selbstverständliche Forderungen der Bauarbeiter zu erfüllen. Hier ist von der organisierten Arbeiterschaft ein Grundkritik am Walde täuschlich erworben worden, das zu Spielen und sonstigen Sport sowie zur Erholung für die Familien dienen soll und den Namen „Volkswohl“ führt. Das Geld dazu ist hauptsächlich von den Gewerkschaften aufgebracht worden, und auch wir haben eine nicht geringe Summe dazu gegeben. Auf dem Grundriss werden nun auch Baustellenteile aufgeführt, und dazu haben wir den Vorschlag gemacht, daß man die Arbeit einem Meister übergeben sollte, der zu annähernd gleichem Preise nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Die Vertreter des „Volkswohl“ haben unsere Forderung nicht beachtet, sondern die Ausführung einem Meister übertragen, der seine Bauten am liebsten mit lauter unorganisierten Arbeitern hochbringen möchte, wenn er es nur könnte. Was wir im voraus sagten, ist eingetroffen: für unser Geld werden nun unorganisierte beschäftigt. Das will den Leitern des Unternehmens gehörig die Wahrheit gesagt haben und uns an solchem „Volkswohl“ nicht mehr beteiligen, wird uns sein rechtbendender Arbeiter betragen. Mit diesen gewissenlosen Zeilen wollen wir der Öffentlichkeit nur einmal zeigen, wie andere Gewerkschaften hier am Orte gegen uns handeln. Was verlangt man nicht alles von uns im Namen der Solidarität? Und wir haben es trotzdem. Wenn wir aber etwas Selbstverständliches verlangen, dann geht man gleichgültig darüber hinweg.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In **Regensburg** sind infolge der schlechten Baukonjunktur noch viele Kollegen arbeitslos. Da trotzdem harter Zugang zu verzeichnen ist, so werden die reisenden Kollegen ersucht, Regensburg zu meiden.

Von der Mitgliederbewegung im ersten Quartal.

Im **Gau Dresden** hat die Mitgliederzahl nach einer Aufstellung des Gauvorsitzenden zum Schluß des vierten Quartals 1911 bis zum Schluß des ersten Quartals 1912 in 14 Zweigvereinen wider um 681 zugenommen, wogegen vier andere Zweigvereine **Radau**, **Neugersdorf**, **Oberfriebersdorf** und **Pirna** zusammen um 108 Mitglieder abnahmen. In Betracht gezogen werden muß dabei, daß der Zweigverein Dresden am 1. Januar 110 Statutenmitglieder umfaßte, während sich von **Niesla** der Zweigverein **Strebila**, der zum **Gau Leipzig** gehört, mit 140 Mitgliedern abgezweigt hat. Die Zunahme seit Jahresabschluss beläuft sich auf 623 Mitglieder. Damit hatte der **Gau Dresden** am Schluß des ersten Quartals die Mitgliederzahl noch nicht ganz wieder erreicht, die er am Schluß des dritten Quartals 1911 hatte. Doch ist zurzeit, nach einer Mitteilung des Gauvorsitzenden, das **Venus** bereits wieder wettgemacht.

Zur Verschmelzungsfrage.

In Nr. 11 des „Grundstein“ von diesem Jahre regte der Vorsitzende des Steinarbeiterverbandes, Zahlele Göppinger, Genosse W. Seimeister, die Verschmelzung des Steinarbeiterverbandes mit dem Bauarbeiterverband an. In einer Uebersetzung der Redaktion nahmen wir dazu kurz Stellung, indem wir folgendes schrieben:

„Ob eine Verschmelzung des Steinarbeiterverbandes mit dem Bauarbeiterverband in absehbarer Zeit zweckmäßig und möglich ist, können wir zurzeit nicht entscheiden. Wenn die Verhältnisse überall so wären wie in Göppingen, das heißt, wenn die beiden Berufe überall so stark ineinandergriffen wie dort, dann wäre die Notwendigkeit der Verschmelzung wahrscheinlich vorhanden. Das ist aber nicht der Fall, sondern der größte Teil der im Steinarbeiterverband organisierten Steinarbeiter steht dem eigentlichen Baugewerbe viel fern als die auf den Bauten arbeitenden Göppinger Steinbauer. Darum erscheint uns die Notwendigkeit der Verschmelzung zurzeit noch nicht gegeben zu sein, so gern wir sonst auch die Steinarbeiter als liebwerte Brüder in unserer Organisation sehen möchten. Wenn die Göppinger Steinbauer in ihrer Gesamtheit anderer Meinung sein sollten als wir, so werden sie gut tun, wenn sie sich zunächst an ihre Organisationsinstanzen wenden und die Verschmelzungsgedanken in ihren eigenen Reihen propagieren.“

In seinen letzten Nummern nahm nun auch der „Steinarbeiter“, das Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Stellung zur Verschmelzungsfrage. Da sein Standpunkt auch unsere Kollegen interessieren wird, so geben wir nachstehend seine wichtigsten Ausführungen wieder:

Auf der Generalversammlung in Eisenach wurde die Frage der Verschmelzung mit dem Verbande deutscher Bauarbeiter schon eingehend ventilert. Es waren hauptsächlich die Delegierten aus einigen Großstädten, die für die Verschmelzung Propaganda machten. In München wird dieses Thema wiederum eine ziemlich gründliche Erörterung erfahren, das beweisen die gestellten Anträge. Wir sind heute genau noch gegen eine Verschmelzung wie im Jahre 1910. Der Steinarbeiterverband ist in den letzten zwei Jahren selbst ein Industrieverband geworden, wie das aus den verschiedensten Branchen, die in ihm vertreten sind, geradezu draßlich hervorgeht. . . . Zwischen den Berufen der Bau- und Steinarbeiter soll eine Menge beruflicher „Berührungspunkte“ bestehen, so sagen die Freunde der Verschmelzung. Gehen wir der Sache auf den Grund. In früheren Jahrhunderten und wohl auch noch vor einigen Jahrzehnten, bestand zwischen den Maurern und Steinmetzen in den Städten ein engeres Zusammenarbeiten. Der Werkstein wurde meist am Bau selbst hergestellt, denn in den Bräuen, in denen die Rohsteine gewonnen wurden, setzte es an den nötigen technisch geübten Steinmetzen. Aus ausverstehten Gründen wurden die Rohsteine erst an der Baustelle bearbeitet. Mitunter mögen auch die Maurer direkt Steinmetzarbeiten verrichtet haben, und umgekehrt mag es auch so gewesen sein. Durch die damals herrschenden Bauformen und Gebräuche hatten die Maurer, Steinmetzen und wohl auch die Zimmerer vieles gemeinsam. Und das mögen die Berührungspunkte sein, die einmal bestanden haben. Heute aber haben in beruflicher Beziehung die Maurer und Steinmetzen nur äußerst lose Berührungspunkte, wenn man von solchen überhaupt noch sprechen darf. Dadurch, daß an großstädtischen Bauten raffiniert ausgeführte transportable Hebevorrichtungen vorhanden sind, wird sogar zum „Verlesen“ der Werksteine der Steinmetz immer mehr ausgeschaltet. Früher wurden die Werksteine nur von Steinmetzen geleistet; mit den besseren Hebevorrichtungen ist eine Beschädigung der angelegtesten Arbeiten auf ein Minimum beschränkt. Und so benötigt man den Steinmetzen kaum mehr zum Schlagen der Gaden- und Wolslöcher. . . . Wenn es dann in früheren Jahrhunderten in den Städten noch beschränkte Steinmetzwerkplätze gab, so ist auch hierin ein gründlicher Wandel eingetreten. Wo trifft man heute in einer Großstadt noch einen Steinmetzwerkplatz an, der auf die ehemals große Bedeutung des Steinmetzhandwerks schließen ließe?

Wenn wir die übrigen Gruppen unserer Industrie betrachten, so finden wir trotz aller Anstrengungen einen intimen Kontakt mit dem Bauereberuf beziehungsweise mit dem Baugewerbe nicht. Höchstens kann man gleich die Vorbemerkung machen, wenn für das Baugewerbe die Konjunktur ungünstig ist, daß dann der Geschäftsgang in der Steinindustrie auch ein schlechter sein wird. Aber dieser wirtschaftliche Berührungspunkt besteht ja in Zeiten der Krise auch innerhalb anderer Industrien. Es leuchtet uns nicht ein, welcher Zusammenhang zwischen den Arbeitern in den Granitfelsereien und denen des Baubereiches bestehen soll. Die in den Schieferereien erzeugten Monumentalarbeiten werden zum überwiegenden Teil nicht einmal für die Baubranche produziert. Die Versteller von Grabdenkmälern, Sarkophagen usw., sind Privatpersonen. Das Baugewerbe kommt als Abnehmer für geschliffene Granitprodukte größtenteils nur mit „Verkleidungsplatten“ in Betracht. In den Granitfelsereien ist es allerdings anders, denn in diesen werden außer Plaster-, Bord- und Kantsteine, auch Werksteine hergestellt. Aber einen nennenswerten Konnex mit dem Baubereich können wir auch dieshalb nicht entdecken. Und verhält es sich denn mit den Arbeitern in den Basalt-, Basaltuff-, Borphyr-, Grauwack-, Marmor-, Kalk- und Sandsteinbrüchen anders? Ohne uns extrem auszubringen zu wollen, dürfen wir wohl behaupten, daß die vielen Zehntausende von Arbeitern in den vorgenannten Steinbrüchen mit der Baubranche in beruflicher Hinsicht nichts gemein haben. Die Kollegen in den Marmorwerkstätten stellen teils Ergänzungsstelle zu Bildhauern, teils Arbeiter für den inneren Ausbau der Gebäude dar. Aber auch in dieser Branche ist das „Verwandtschaftliche“ mit dem Baubereich recht weitläufig. Der Holzfaller draußen im Walde, der die Bäume fällt, aus denen später Dachbalken geschnitten, oder wie es häufiger vorkommen dürfte, geschnitten werden, hat doch deshalb mit den Leuten vom Bau noch keine gemeinschaftlichen

Verwandtschaften! Summa summarum: Die Arbeiter in der gesamten Steinindustrie (ausgenommen ein kleiner Teil der Sandsteinbrüche) haben mit den beruflichen Verhältnissen im Baugewerbe nichts zu tun. Was früher für einen Teil der Sandsteinmetzen zutrifft, ist heute beinahe außer Geltung gekommen.

Daß eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverbande verschiedene Vorteile mit sich brächte, ist ohne weiteres einsehend. Die Verwaltungs- und Agitationskosten würden sich nach einer Fusion vermindern. Der Bauarbeiterverband mit etwa 300 000 Mitgliedern, zählt gegen 1100 Zehntausende. Der Steinarbeiterverband muß mit 28 000 Mitgliedern, die sich auf 342 Zehntausende verteilen. Gerade in der großen Anzahl von Zehntausenden unseres Verbandes liegt eine bestimmte Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates. Dessen sind wir sicher, daß nach einer Verschmelzung mit dem Bauarbeiter die Steinarbeiterzahlstellen im Baugewerbe: Hartsteingebiet, im Hohlgebirge, im Meiselsandstein- und dem Muschelkalkgebiet im Sandstuden zusammengelegt würden. In dieser Beziehung kennt der Bauarbeiterverband keine Sentimentalität. . . . Die Agitation würde sich nach der Verschmelzung auch billiger stellen, schon um dessentwillen, weil sich die Agitatoren des Bauarbeiterverbandes in der sogenannten stillen Zeit, die in den Herbst- und Wintermonaten für das Baugewerbe eintritt, der Auffassung der Steinarbeiter mit einer beachtenswerten Intensität widmen könnten. Soweit die Presse in Frage kommt, können die Bauarbeiter mit ihrem glänzend reichhaltigen „Grundstein“ nur sehr zuzufrieden sein. In der jetzigen Form könnte allerdings der „Grundstein“, die verschiedenen Minderungen der sehr komplizierten Steinindustrie nicht genügend berücksichtigen. Durch Schaffung einer besonderen Beilage würde dem aber mühelos geholfen werden. Wir haben zur Leitung des Bauarbeiterverbandes das größte Vertrauen, daß die einmütigen berechtigten Wünsche der Steinarbeiter bei einer Verschmelzung ohne weiteres berücksichtigt würden. Krämmergeist hat noch nie, weder im Maurer-, noch im Bauhilfsarbeiterverbande geherrscht.

Das Tarifwesen in der Steinindustrie ist bedeutend komplizierter als das im Baugewerbe. Das liegt in der Art der Berufe. Im Baugewerbe ist der Zeitlohn vorherrschend, und die dementsprechenden Tarife sind weniger umfangreich. Mit höchstens 20 bis 40 Positionen ist die jeweilige Tarifierung geschehen. Die Tarife für die Steinindustrie dagegen sind äußerst umfangreich, das Aufstellen der Forderungen und die Anfertigung der notwendigen Schlägen ist eine recht zeitraubende Arbeit, und deshalb ziehen sich in unserm Berufe die Tarifverhandlungen immer je länger hin, weil zu viele Spezialpositionen in Frage kommen. Unsere Tarife sind ja oft wackrig beschriebener, und darin könnte die Verschmelzung auch nicht das geringste ändern. . . . Heute haben wir in der Steinindustrie noch keine gemeinschaftlichen Tarifschaffensgemeinden, und das ist für unsere weitere Entwicklung sehr günstig. Bei Verbänden mit großen Tarifgemeinschaften ist es bei jeder Lohnbewegung aufs Ganze. . . . Die Bauarbeiter haben heute eine zentrale Tarifgemeinschaft von großer Bedeutung. Aber als sie ihre Lohnkämpfe vor einigen Jahren noch in der Form führen konnten, daß sie in den diversen Städten, je nach dem Stand ihrer Organisation und Konjunktur, nach Belieben verfahren konnten, war bei ihnen die Kompensation noch ausrichtsollender und gewinnbringender. Unter der Ära des Reichstarkes damit rechnen, daß so ziemlich alles auf eine Karte gesetzt werden muß. Aus diesen Gründen sind wir unter den obwaltenden Verhältnissen gegen eine Verschmelzung. In der Steinindustrie sind etwa 150 000 Personen beschäftigt, und das ist eine große Schwierigkeit, die Mitgliederzahl unseres Verbandes verdoppeln zu können. Eine selbständige Organisation, die sich bisher vorzüglich behauptet hat, gibt man nicht ohne zwingenden Grund auf. Und wenn eine Verschmelzung vorgenommen werden soll, dann müßte das in geschlossener Weise geschehen. Zu einer solchen Aktion fehlen heute noch die nötigen Vorbereitungen.“

Das ist ungefähr der gleiche Standpunkt, den wir einnehmen: Die übergroße Zahl der Steinarbeiter steht mit dem Baugewerbe nicht in so enger Verbindung, daß dieshalb — etwa in Rücksicht auf gemeinsam zu führende Kämpfe oder wegen des Zusammenarbeitens der Mitglieder beider Verbände auf den Arbeitsplätzen usw. — eine Verschmelzung notwendig wäre. So energisch wir für die Verschmelzung der Organisationen eintreten, die wegen der Entwicklung des Gewerbes und der Gemeinsamkeit der Interessen, besonders aber zur gemeinsamen Führung der Lohnkämpfe zusammengehören, so wenig möchten wir für eine Verschmelzung solcher Organisationen eintreten, für die eine Verschmelzung keine Notwendigkeit ist. Darin hat der „Steinarbeiter“ zwar sicher recht, daß bei einer Verschmelzung, selbst wenn die zwingende Notwendigkeit dazu nicht vorhanden ist, eine Verbilligung der Agitation und der Verwaltung eintreten würde, und daß die Agitation erfolgreicher würde, als sie heute ist. Aber diese Tatsache allein könnte unseres Erachtens eine Verschmelzung nicht rechtfertigen.

Zur Italienerfrage in Deutschland

schreibt uns ein organisierter Italiener:
Als organisierter Italiener in Deutschland möchte auch ich etwas zu dem hinzufügen, was Genosse Käppler und andere schon im „Grundstein“ erwähnt haben. Man hat behauptet, daß die Partei in Italien direkt an dem in den Köpfen der Arbeiter herrschenden Wirrwarr schuld sei, und ich kann dem nur zustimmen. Hat doch die „bedeutendste sozialdemokratische Zeitschrift, „La Critica Sociale“, die Belehrung gegeben, daß die italienischen Auswanderer im Auslande die Verbandsbeiträge nicht bezahlen sollen. Weiter trifft die Partei die Schuld, daß sie nach den Wahlen jede Agitation vernachlässigt. Aber die Ursache der schlechten Organisation der Italiener ist noch weiter zu untersuchen. Ich habe neulich die Berichte im „Operaio Italiano“ über die Winteragitation in Italien gelesen, Berichte, die sehr

ausführliche und interessante Schilderungen über die kulturellen und sonstigen Verhältnisse der Auswanderer brachten. Diese letzteren — so war klar zwischen die Zeilen zu lesen — sind meistens leider noch weit zurück, und man muß noch unendlich viel Zeit, Arbeit und Geld verwenden, um diese Leute über die große Bedeutung und das Ziel des Klassenkampfes aufzuklären. — Es ist hier zu erwähnen, daß die Italiener, die nach Deutschland kommen, meistens aus den kleinen Nestern der Provinzen Udine, Belluno, Treviso, Cuneo und Bergamo stammen, Provinzen, die im Parlament durch „Klerikale“ und „Patrioten“ vertreten sind. Die Auswanderer selbst, mit wenigen Ausnahmen, sind ziemlich fromm und chauvinistisch. Unsere Presse kann nicht auf sie einwirken, weil die meisten Analphabeten oder Halb-analphabeten sind. Leider haben sie selten Gelegenheit, unsere Agitatoren kennen zu lernen, und der Same, der teilweise so sorgfältig von unserer Seite gesät wird, verliert jede Wirkung unter der fortwährenden Propaganda der Priester und der Progenipatrioten, die die nationale Selbständigkeit betonen, um die Leute zu verblenden und für ihre Zwecke auszunutzen. Einer der Winteragitatoren sagte folgendes in seinem Bericht: „Mir scheint, daß es wohl etwas besser werden könnte, wenn die Auswanderer nicht fürchten, von den zurückbleibenden Familienangehörigen gelächelt zu werden, sobald sie in die respektvollen Verbände eintreten sollten.“ Man bedente weiter die Schwierigkeiten der Sprache für solche Leute, die verhältnismäßig hohen Beiträge, den Mangel an Agitation in italienischer Sprache, die Nachlässigkeit mancher Agitatoren und am Ende — warum es nicht sagen? — die Verachtung und die feindliche Haltung mancher deutschen Kollegen, die die Italiener für geistig minderwertig halten und sie danach behandeln. Auch die politische Haltung des „Operaio Italiano“ halte ich nicht für richtig. Man weiß, daß die meisten Italiener noch schwärmerische Nationalisten und auch etwas fromm sind, darum sollte die Zeitung eine strenge neutrale Haltung in politischen und religiösen Angelegenheiten einnehmen. Ich habe kürzlich öfters Gelegenheit gehabt, von Landsleuten zu hören, daß der „Operaio“ von italienisch-feindlichen Federn redigiert werde, die sich der Spatz machen, über die Italiener zu schimpfen: „Dem will ich nicht zustimmen, aber es ist doch ein Beweis, daß sie nicht einverstanden waren mit dem, was das Blatt schrieb. Ich weiß weiter, daß 60 Italiener aus Böhmen wegen der Faltung des Blattes zum italienisch-türkischen Krieg ihren Austritt aus dem Bergarbeiterverbande erklärt haben.“ Die italienische Zeitung der christlichen Gewerkschaften, „L'Italiano in Germania“, hat tüchtig gegen uns in dieser Angelegenheit agitiert, und die Leiter des Blattes sowie die Leser als Tyrannen und Verächter bezeichnet. Man sollte also die Politik zurzeit aus dem Spiele lassen und sich damit begnügen, in gewerkschaftlichem Sinne Propaganda zu entfalten. Das Korn reift allmählich unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen, so auch die Erkenntnis über den Nutzen der Gewerkschaften bei den Italienern. Uns fehlen nur tüchtige, belehrende Kollegen; es wäre ganz anders, wenn wir in jedem wichtigen Orte einen tüchtigen Mann hätten. Wo einer vorhanden ist, so in Schellinghausen, Hamau, Kiel, Hannover usw., sind die Italiener zugänglich und organisieren sich auch. Ich bin fest überzeugt, daß sich meine Landsleute auf dem Wege des Fortschritts befinden. Man soll bloß Geduld haben und alles, was uns zur Verfügung steht, anwenden, um den Italienern den unerfahrenen Wert, den Vorteil und die Macht beizubringen, die sich die Arbeiterklasse mittels der Organisation schaffen kann. Daß die Wirkung von heute auf morgen erkennbar sei, davon kann keine Rede sein; jede Frucht, jede Blume reift und blüht in bestimmter Zeit, und man glaube nicht, daß Zwang, Verachtung oder sonst etwas, die Früchte eher zur Reife bringen könnte. Zur Agitation und Taktik sollen alle unsere Kräfte verwendet werden, um die Italiener für ihr sowie für unser Ziel zu gewinnen. Das ist meine Meinung, an der ich festhalte.

Anmerkung der Redaktion: Die Ausführungen unseres italienischen Genossen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Wir müssen aber sagen, daß wir das, was er über die Haltung des „Operaio Italiano“ zur italienischen Politik sagt, nicht für richtig halten. Es ist doch einfach unmöglich, in einem italienischen Blatt ein Ereignis zu ignorieren, das die Gemüter der ganzen italienischen Nation in so hohem Maße erregt, wie der italienisch-türkische Krieg. Zu einem solchen Ereignis muß eine italienische Zeitung Stellung nehmen. Und selbstverständlich kann dann ein Arbeiterblatt nur gegen die Weltmachtpolitik der herrschenden Klasse Italiens schreiben. Das hat der „Operaio Italiano“ in sehr beachtlicher und durchaus nicht-provozierender Weise getan. Wenn das die italienischen Arbeiter in Deutschland heute noch nicht verstehen, so müssen sie es eben verstehen lernen. Und verstehen lernen werden sie es nicht, wenn im „Operaio Italiano“ darüber nichts geschrieben wird, sondern nur, wenn sie über das, was sie heute noch nicht verstehen, aufgeklärt werden. Daß diese Aufklärung nur fruchtbringend sein kann, wenn sie mit der größten Vorsicht und der weitgehendsten Berücksichtigung der nationalen und kulturellen Eigenheiten der italienischen Auswanderer betrieben wird, davon ist auch die Redaktion des „Operaio Italiano“ überzeugt. Nicht oft genug kann allerdings unsern agitatorisch tätigen Kollegen gesagt werden, daß auch sie auf diese Eigenheiten, besonders auf die Religion usw., die größte Rücksicht zu nehmen haben, da sonst die Italiener eher von uns abgestoßen als angezogen werden.

Maurer und Steinbauer.

Zu dieser Frage erhielten wir noch eine Zuschrift der... Die Situation in Wertha hat sich wenig geändert...

Vom Polierbund.

Nach der Bauwelt macht der Deutsche Polierbund... Die Situation in Wertha hat sich wenig geändert...

Gipser und Stukkateure.

Die Situation in Wertha hat sich wenig geändert... Der Aufruf Arbeitwillige vor die Front!

außer den angeführten Arbeitswilligen noch einige Meister... Die Stukkateure haben die Unternehmer...

Die Stukkateure haben die Unternehmer... Die Lohnbewegung der Stukkateure in Osnabrück...

Die Lohnbewegung der Stukkateure in Osnabrück... Die Organisation der Bildhauer und Stukkateure Oesterreichs.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Die Organisation der Bildhauer und Stukkateure Oesterreichs.

Recht eigentümliche Zustände herrschen in bezug auf die gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich...

je kleiner die Zahl der Berufsangehörigen ist. Das findet man auch bei den Organisationen, denen die Stukkateure...

Die Tagesordnung dieser Generalversammlung umfasste folgende Punkte: 1. Tätigkeitsbericht...

Die Verhandlungen begannen am Ostersonntag, abends 8 1/2 Uhr. Der Obmann des Verbandes...

Table with columns: Ortsgruppe, Modellbauer, Ansträger, Gipsbildhauer, Steinbildhauer, Holzbildhauer, Form- und Gießer, Baustukkateure. Rows list various locations like Eger, Gablitz, Graz, etc.

In der Tabelle fehlen noch die Angaben für Le mberg, die zurzeit nicht zu erhalten waren. Hoch dürfte die Zahl der Kollegen jedoch auch dort nicht sein...

gaben der Zentrale beliefen sich auf Kr. 39 814,54, so daß ein Kassenbestand von etwa Kr. 14 900 verblieb. Von den einzelnen Posten der Ausgaben sei erwähnt, daß an Remunerationen an die Funktionäre Kr. 1196,20, für das Fachblatt „Plastik“ Kr. 5399,96, an Reiseunterstützung Kr. 391,80, an Arbeitslosenunterstützung Kr. 9334,60, in Notfällen Kr. 524. Unterstützung gezahlt wurden. Dem Rechtsschutzfonds wurden Kr. 8357,48 überwiesen. — Aus dem Bericht des Gehilfenobmannes der Stukkateure Wiens entnehmen wir, daß sehr häufig Mangel an gut geschulten Arbeitskräften herrscht, so daß oft Maurer herangezogen werden mußten. Der Lohnsatz für Bau-stukkateure beträgt in Wien im Minimum Kr. 8 bei acht-dreiviertelstündiger Arbeitszeit, in Karlsbad und Marien-bad Kr. 9 bei achteinhalbstündiger Arbeitszeit. In Reichen-berg ist die Arbeitszeit 9 Stunden, in Teplitz 7½ Stunden.

Bei der Beratung des dritten Punktes: Angliederung der Stukkateure, stellten diese den Antrag, daß für ihre Ortsgruppe Wien die Erwerbslosenunterstützung in Fortfall kommen solle. Ein Antrag, der um so unverständlicher ist, als doch feststeht, daß die Wiener Kollegen auch erheblich unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Das geht schon daraus hervor, daß innerhalb elf Monate der gemeinsamen Verwaltung etwa 983 Kr. an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung an Stukkateure kamen. Statt der Arbeitslosenunterstützung beanspruchte man dann für die Ortsgruppe im Falle eines Streiks eine höhere Streikunterstützung. Der Antrag auf Zusammenschluß wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Ebenfalls wurde dem Wunsche betreffs der Arbeitslosenunterstützung zugestimmt. Um diesen Beschlüssen nun gerecht zu werden, machte sich eine genaue Aufteilung des Wochenbeitrages erforderlich. Der Beitrag von 70 Heller wird in folgender Weise ver-rechnet: Den Ortsgruppen verbleiben 6 Heller, dem Dispositionsfonds 16 Heller, das Fachblatt erhält 5 Heller, Miete, Beleuchtung, Reinigung 3 Heller, außerordentliche Unterstützung, Beitrag zur Generalkommission, Remunerationen, Verwaltungskosten, usw. 10 Heller, für Arbeits-losenunterstützung 30 Heller. Letztere 30 Heller von jeder Beitragsmarke, die die Wiener Stukkateure um-setzen, werden nun für die Ortsgruppe extra ver-waltet. Der Betrag dient zur Erhöhung der Streikunter-stützung. Die Stukkateure Wiens erhalten dann im Falle eines Streik nach halbjähriger Mitgliedschaft pro Tag Kr. 2, nach einjähriger Mitgliedschaft Kr. 3 und nach dreijähriger Mitgliedschaft Kr. 4. Außerdem erhalten die Verleiraten für jedes Kind Kr. 1 pro Woche extra. Ob ein derartiges System der verschiedenartigsten Unter-stützungseinrichtungen auf die Dauer durchführbar ist, erscheint mehr als fraglich. Während man auf der einen Seite durch den Anschluß eine Zentralisierung herbei-führt, untergräbt man auf der anderen Seite die innere Festigkeit der Organisation. Viel besser und richtiger wäre es gewesen, wenn sich die Wiener Stukkateure den bestehenden Einrichtungen fügte, die Erwerbslosen-unterstützung, die ihnen doch sicher nur Vorteile gewährt, anerkannt und dann in ihrer Ortsgruppe einen wöchent-lichen Extrabeitrag gezahlt hätten, der ihnen die Möglich-keit bot, die Streikunterstützung zu erhöhen. Alle Mühe war aber vergebens. — Nachdem nun der Anschluß perfekt ist, wird der Titel der Organisation umgeändert; die Firma lautet jetzt: „Zentralverein der Bild-hauer, Gießer und Stukkateure Oester-reichs“.

Zum Punkt „Agitation“ referierte Kollege Gaus-Wien. Er führte unter anderem aus, daß sich die Agitation auch entfalten müsse zum Schutze der Kollegen. Kein Un-organisierter dürfe Arbeit finden, aber auch kein Maurer, sofern er als Lohndrucker auftrete. Eventuell soll das Gesetz angerufen werden. (Das österreichische Recht sieht nämlich Strafen vor für den Unternehmer, der mit Angehörigen eines andern Berufes berufsfremde Arbeiten ausführt. So darf zum Beispiel auch kein Maurer- oder Stukkateurmeister einen Maurer mit Stuckarbeit be-schäftigen. Wir werden an anderer Stelle sehen, zu welchen Konsequenzen das führt.) Der Referent ging dann auf die Tarifverträge ein, speziell auf die Karls-bader, wo von den reichsdeutschen Kollegen zum Tar-ibruch gedrängt worden sei. Der Tarif habe 9 Kronen als Höchstlohn vorgesehen, die Kollegen wollten aber 10 Kronen haben. Weil nun die Zentraleitung dies als Tarifbruch bezeichnet habe, hätten die Karlsbader in sehr scharfer Weise über den Hauptvorstand losgezogen. Die Leitung konnte aber gar nicht anders handeln, sie mußte das Vorgehen der Kollegen als tarifwidrig be-zeichnen. Von den Karlsbader Delegierten wurde ent-schieden bestritten, Tarifbruch verübt zu haben, der Zentral-vorstand habe allerdings, ohne daß es zur Kenntnis der All-gemeinheit gekommen sei, mit einer Firma in Karlsbad ein Abkommen getroffen, daß 9 Kronen der Höchstlohn sein soll, jedoch habe der allgemein geltende Tarif nur einen Minimallohn von 8 Kronen vorgesehen. Vom Höchstlohn sei in diesem rechtsgültig abgeschlossenen Tarif keine Rede gewesen.

Hierbei wurde auch verschiedentlich auf die deutsche Stukkateurorganisation hingewiesen und behauptet, daß diese alle Bewegungen zur Erreichung eines höheren Lohnsatzes unterstütze, auch dort, wo es sich darum handle, Löhne über den Mindestsatz des Tarifes hinaus zu verlangen. Kollege Odenthal stellte dies richtig und erklärte, daß es vollständig ausgeschlossen sei, daß eine Organisationsleitung irgendwelche Unterstützung gewähren könne, wenn Kollegen an einem Orte höhere

Löhne verlangen als tariflich festgelegt ist. Wenn im Tarif Mindestlohnsätze festgesetzt sind, so sei es Sache der Kollegen selbst, dafür einzutreten, wenn sie höhere Löhne haben wollten. Dann brachte Odenthal die Be-schwerden der deutschen Kollegen gegen die böhmischen Ortsgruppen vor: Stets wird mit Beginn des Winters, wenn die Arbeit in den Badeorten beginnt, fast systematisch Böhmen gesperrt, so daß die deutschen Kollegen, die sich an Beschlüsse der Organisation halten, Böhmen ohne weiteres meiden; die böhmischen Kollegen aber arbeiten lustig weiter, und im Frühjahr ist ihnen der Weg nach Deutschland frei. Auch die örtlichen Nachweise werden in einseitiger Weise zugunsten der böhmischen Kollegen verwaltet. Jahrelang haben die deutschen Kollegen da-rüber vergeblich geklagt. Erst in letzter Zeit hat sich das etwas gebessert. Aber auch noch einen andern Punkt erwähnte Odenthal. Man verweigert ohne weiteres Mitgliedern der deutschen Organisation die Aufnahme in den Bildhauerverband, weil sie Maurer seien. Hier-über hat zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen schon im Jahre 1910 eine schriftliche Auseinander-setzung stattgefunden und auch der letzte Verbandstag der Stukkateure hat sich damit befaßt. Es handelt sich hierbei um böhmische Kollegen, die zwar als Maurer gelernt haben, die aber, wenn sie nach Augsburg, Nürn-berg oder in sonst eine Stadt Deutschlands kommen, in Stuckgeschäften arbeiten. Unsere Kollegen beanspruchen dann mit Recht, daß sich diese Leute auch der Stukka-teurorganisation anschließen. Kommen sie später nach Böhmen zurück, will sie die für Stukkateure maßgebende Organisation nicht aufnehmen, selbst wenn sie Stuck-arbeiten ausführen. Ein solcher Standpunkt ist rück-ständig und paßt nicht in die moderne Gewerkschafts-bewegung hinein. Wer Stuckarbeiten ausführen kann, gehört in die Organisation der Stukkateure. Dieselbe Ansicht vertrat der Vertreter der Gewerkschaftskom-mission, Genosse Da Rin. Der Redakteur der „Plastik“, Kollege Schramm, betonte, er habe als Vertreter der österreichischen Organisation auf dem Verbandstage der deutschen Kollegen sehr erhebliche Beschwerden über das Verhalten der böhmischen Kollegen in bezug auf den Nachweis anhören müssen, auf der Rückreise nach Wien wollte er in einer Konferenz der Beteiligten die Sache regeln, leider sei dies nicht möglich gewesen. Es müsse aber ein geregelter Zusammenarbeiten angebahnt werden.

Ein Antrag Karlsbad, für Nordböhmen einen Gau-leiter zu wählen, wurde nach längerer, ziemlich heftiger Debatte abgelehnt, da das bei der verhältnismäßig geringen Stärke der Organisation zur Deszentralisation führen müßte, jedoch wurde der Zentralvorstand verpflichtet, auf Ver-langen der Ortsgruppen sofort einen Vertreter zu ent-senden, wenn es gilt, irgendwelche Differenzen zu regeln. Tatsächlich können Unzuträglichkeiten nicht ausbleiben, wenn neben dem Vorstand in Wien in Karlsbad noch eine Nebenregierung geschaffen würde. Nach längerer Debatte wurde, einer Anregung Karlsbad folgend, beschlossen, daß Kollegen, die zu wiederholten Malen aufgenommen worden, außer einem höheren Einschreibegeld in eine besondere Buße genommen werden können. Es bleibt dies in das Ermessen der Ortsgruppen gestellt, jedoch soll die Strafe keinesfalls über Kr. 30 hinausgehen. Angenommen wurde ebenfalls ein Antrag: „Jungen Kollegen, die aus der Jugendorganisation dem Verbands beitreten“, soll die Hälfte der Mitgliedschaftsdauer in jener Organisation angerechnet werden.“ Große Erregung rief folgender Antrag Karlsbad hervor: „Bei Neuaufnahmen ist die Erbringung eines Befähigungsnachweises not-wendig.“ Bei der Begründung zeigte es sich schon, daß man es hier mit einem Antrage zu tun hatte, der nur dazu dienen sollte, Angehörige anderer Berufe, speziell Maurer, zu hindern, überhaupt an Stuckarbeit heranzukommen. Odenthal ging in scharfer Weise gegen diesen Antrag vor, der einer modernen Gewerkschaft unwürdig sei. Aus dem Antrage leuchtet der Grundsatz hervor: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Wenn man aber nun gar noch, um einen solchen Grundsatz durchzudrücken, eine rückständige Gesetzgebung be-nutzen will, um die Leute, die einen schlechter bezahlten Beruf gelernt haben, abzuhalten, ihre Arbeitskraft besser verkaufen zu können, so muß ein solches Vorgehen von jedem denkenden Gewerkschafter auf das entschiedenste bekämpft werden. Gewiß ist es das gute Recht der Kollegen, sich gegen jegliche Schmutzkonzurrenz zu schützen, aber nicht auf eine solche Art und Weise. Auch in Deutschland sucht man das, was durch die Organisation errungen wurde, hochzuhalten, aber nicht, indem man eine chinesische Mauer um den Beruf selbst zieht, sondern man verlangt in völlig berechtigter Weise, daß der, der gewisse Arbeiten ausführt, auch den für diese Arbeiten festgesetzten Lohn fordert. Hierin sind sich die Gewerkschaften einig, und wenn auch heute noch nicht alles so ist, wie man es wünscht, so wird aber daran gearbeitet, das Ziel zu erreichen. Der Zu-sammenschluß der Stukkateure mit dem Bauarbeiter-verbände ist auch zum größten Teil auf dieses Streben zurückzuführen. Der Verbandstag darf keinen Zweifel daran lassen, daß er sich mit solchen Bestrebungen nicht einverstanden erklärt. — Folgende von dem Obmann der Stukkateure Wiens gestellte Resolution fand gegen wenige Stimmen Annahme:

Die Schmutzkonzurrenz innerhalb des Berufes muß unter allen Umständen bekämpft werden. Es ist daher mit allen Mitteln zu erstreben, daß alle die, die Stuck-

arbeit irgendwelcher Art ausführen, veranlaßt werden, sich dem Verbands der Bildhauer, Gießer und Stukka-teure anzuschließen. Jeder, der Stuckarbeit ausführt, hat hierfür den Lohn zu beanspruchen, der von der Organisation der Stukkateure festgelegt worden ist. An die Organisation der Maurer muß mit dem Ersuchen herangetreten werden, eine Aussprache über diese An-gelegenheit herbeizuführen, um den Standpunkt der Stukkateure zu vertreten und ihm zur Anerkennung zu verhelfen.

Hierauf folgte die Beratung des Gegenseitigkeits-vortrages mit der deutschen Organisation. Bisher bestand zwischen dem Verbands der Bildhauer und Gießer und dem Deutschen Stukkateurverbände ein im Jahre 1903 ab-geschlossener Vertrag, der nun, nachdem die Stukkateure Deutschlands ihre Organisation geändert haben, hinfällig geworden ist. Odenthal hielt das Referat zu diesem Punkte und empfahl den Beitritt zu dem internationalen Kartell des Baugewerbes für die dem Verbands an-gehörigen Stukkateure. Ohne Debatte wurde dem zu-gestimmt und der Vorstand beauftragt, den Kartellvertrag abzuschließen.

Nach der Vorstandswahl gab Kollege Schramm den Bericht über die Presse. Das Blatt hat innerhalb der beiden Jahre die Summe von Kr. 5531 erfordert; ein Kassenbestand von Kr. 104,64 ist vorhanden. Kollege Hübnor-Karlsbad brachte in sehr guten Ausführungen einen sehr reichhaltigen Wunschzettel der Kollegen in bezug auf Ausgestaltung des Blattes vor. Unter anderem wurde als dringend notwendig verlangt, daß das Blatt nicht nur Kunstgeschichte bringe, sondern auch wichtige soziale Ereignisse, wie zum Beispiel die Kämpfe der Bergarbeiter und dergleichen mehr, berücksichtige. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, nach Möglichkeit für die Erweiterung des Inhalts des Blattes zu sorgen. Das wöchentliche Erscheinen des Blattes ist zurzeit aus-geschlossen. Mit der Redaktion des Blattes wurde wiederum Kollege Schramm betraut, der die Kollegen in seinem Schlussworte zu roger Mitarbeit aufforderte. — Für die Verbandsfunktionäre wurden dann die Ent-schädigungen festgesetzt. Der Vorsitzende der Exekutive erhält jährlich Kr. 240, der Gehilfenobmann der Stukka-teure Kr. 200, der Hauptkassierer Kr. 208, der zweite Kassierer Kr. 40, der Kassierer des Streikfonds, der Sekretär und Stellenvermittler je Kr. 50, jeder Orts-gruppenkassierer Kr. 20. Der Redakteur erhält monatlich Kr. 20, die Expedition für jede Nummer Kr. 8.

Unter „Eventuelles“ wurde zuerst bestimmt, daß die Angliederung der Stukkateure mit rückwirkender Kraft bis zum 1. April erfolgen soll. Ein Antrag, auf den Marken die Beitragshöhe kenntlich zu machen, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen, jedoch sollen erst die vorhandenen Marken aufgebracht werden. Den Ortsgruppen bleibt es überlassen, schon jetzt durch Stempelaufdruck den Preis der Marke (70 Heller) kennbar zu machen. Reiseunterstützung soll in Zukunft nicht, wie der Vorstand es entgegen dem Vertrage angeordnet hatte, bei der Abreise, sondern beim Eintreffen in der Ortsgruppe gezahlt werden. Karlsbad will den Mitgliedern Rechtsschutz erteilen dürfen, ohne den Hauptvorstand erst um Genehmigung fragen zu müssen. Das wurde abgelehnt. Die Holzbildhauer Wiens wünschten eine Kürzung der Karenzzeit bei Arbeitslosenunterstützung. Diese beträgt bisher acht Tage. Nach längerer Debatte wurde die Karenzzeit auf drei Arbeitstage herabgesetzt; dagegen hat ein Ausgesteuerter erst wieder Anspruch auf Unterstützung nach Ablauf von 52 Wochen (früher nach Ablauf von 39 Wochen). Dann wurde noch be-schlossen, daß in Zukunft auf je 50 (bisher 20) Mitglieder ein Delegierter entfallen soll.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt, und der Vorsitzende, Kollege Popp, schloß mit einigen anfeuernden Worten die Tagung. Hoffentlich wird die Angliederung der Stukkateure an den Bildhauer-verband der erste Schritt sein, um eine Einigung sämt-licher im Baugewerbe tätigen Berufe in die Wege zu leiten. Zu untersuchen, ob es für die Stukkateure nicht besser gewesen wäre, einen Anschluß an die Maurer zu vollziehen, kann hier nicht unsere Aufgabe sein. Wie die Dinge liegen, darf man wohl annehmen, daß sich die Entwicklung der Unternehmerorganisationen in Oesterreich in derselben Weise vollziehen wird wie bei uns; vielleicht etwas langsamer, aber ebenso sicher wird sich der Zusammenschluß zu Industriegruppen ergeben. Dann werden auch die Arbeiterorganisationen, den Ver-hältnissen Rechnung tragend, nicht anders können, als ihre Organisationen so auszubauen, daß den vereinigten Unternehmern die geeinte Arbeiterschaft des gesamten Gewerbes entgegentreten kann. Für die Stukkateure Oesterreichs ist dann der Platz ebenso wie der der deutschen Stukkateure in den Reihen der baugewerb-lichen Arbeiter, im Bauarbeiterverband. Chr. O.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterchutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Baueinführungen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen ausführlichen Bericht an Euer Sach-blatt zu senden.

Landesrat a. d. W. Als am 23. April am Bau des Fleißchermeyers Gebäud, den der Unternehmer Radmann ausführt; zwei Steintträger kurz vor Peterabend Stiene

abwarfen, nach das Gerüst zusammen. Sechs Kollegen stürzten aus einer Höhe von 8 m ab. Während fünf mit leichten Hautabschürfungen davon kamen, mußte der Maurer August Raabe, dem ein voller Kasten Kalk auf die Brust fiel, sofort nach Hause getragen werden. Er erlitt schwere innere Verletzungen, so daß er längere Zeit arbeitsunfähig sein wird. Das Unglück ist nur auf das schlechte Gerüstmaterial zurückzuführen.

Wittenwilde. Am 16. April ereignete sich auf den Neubauten der Chemischen Werke Mercur ein schwerer Unglücksfall. Es waren mehrere Arbeiter mit dem Transportieren eines 480 Zentner schweren Kessels beschäftigt. Dieser hing in einem Gerüst an vier Flaschenhaken. Er stand bereits lotrecht, sollte aber noch unterflößt werden. Beim Hochziehen rief einer der vier Flaschenzüge, wobei der Kollege Streber anscheinend einen Schlag durch ein Stück Eisen bekam, wobei er betäubt wurde. Er fiel nach vorn über 1 1/2 m tief und trug durch Aufschlag auf das Mauerwerk einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davon. Der Bedauernswerte wurde nach dem Paul-Gerhardt-Krankenhaus gebracht, wo er am 18. April, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb. Der Unglücksfall wäre nicht so folgenschwer gewesen, wenn geeignete Nützung vorhanden gewesen wäre.

Waldenburg i. Schl. Zwei recht bedauerliche Unglücksfälle ereigneten sich am 18. April. Auf dem Neubau Zimmer & Köhner verunglückte ein Kollege dadurch, daß er bei der Herstellung eines Schuppengerüsts mit dem Niegel, auf dem er stand, in die Tiefe stürzte und in die darunter befindliche volle Kalkschütte fiel. Außer Quetschungen und Hautabschürfungen im Gesicht waren die Verletzungen nur leichter Art, so daß sich der Kollege selbst zum Arzt begeben konnte. Bedauerlicher ist der Unfall auf dem Neubau Partsch in der Scherkerstraße. Hier arbeitete ein Maurer auf einem aus einer Bohle bestehenden Gerüst. Er verlor dabei das Gleichgewicht und fiel so unglücklich herab, daß er sich auf dem nächsten unter ihm befindlichen Bodenbrett, die Stütznocken zertrümmerte. Bei seiner Ueberführung ins nahe Lazarett starb er, ohne die Befinnung wieder erhalten zu haben.

Unfälle, über die uns nicht berichtet wird. Wir haben unsere Kollegen schon häufig gebeten, uns über vorkommende Baunfälle sofort in aller Kürze zu berichten. Leider wird unser Wunsch nur von wenigen Zweigvereinsleitungen erfüllt, was wohl zum Teil daran liegen mag, daß diese von den Unfällen selbst nicht unterrichtet sind, oder auch, daß sie zu wenig Zeit haben, um uns über vorgekommene Unfälle zu berichten. Nur so läßt es sich erklären, daß wir im Winter, wo doch die Unfallszahl zum großen Teil ruht, mehr Berichte über Baunfälle erhalten als im Sommer. Wir müssen daher auch heute wieder die Bitte an unsere Kollegen richten, uns über alle Baunfälle zu berichten. Natürlich wünschen wir keine ellenlangen Mitteilungen und Kritiken, sondern nur eine ganz kurz gehaltene Schilderung der Tatsachen. In den weitesten Kreisen werden fünf bis zehn Zeilen vollaus genügen. Nur wo ganz besondere Umstände die Ursache eines Unfalles waren, ist eine ausführlichere Schilderung angebracht. — Am unsern Kollegen zu zeigen, von wieviel Unfällen an uns nicht berichtet wird, wollen wir nachstehend nur die Unfälle kurz registrieren, die uns im Laufe von drei Wochen durch die Tageszeitungen bekannt geworden sind, wobei wir bemerken, daß diese Registrierung auf Vollständigkeit natürlich keinen Anspruch machen kann.

In Duderstadt stürzte am 13. März ein 31 Jahre alter Glaser, Vater von fünf Kindern, beim Fensterreinigen von der ersten Etage ab. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhaus starb. — Am 29. März stürzte in Groß-Lichterfelde der Kollege Lange von einem Bau ab. Er zog sich einen Schädelbruch zu und mußte ins Kreiskrankenhaus gebracht werden. — In Duisburg-Nächst wurde am 9. April der 21 Jahre alte Arbeiter Weid von einem umfänglichen Pfeiler so schwer verletzt, daß er drei Stunden später im Krankenhaus starb. — Am 10. April wurde in Köpen der Steinmetz Paul Seing von einem herabfallenden Balken getroffen. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb er an den erlittenen Verletzungen. — In Eydahußen stürzte am 9. April der vierzehnjährige Mauerlehrling Joseph aus Insterburg so unglücklich ab, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Man schaffte den hoffnungslos Verunglückten nach dem Insterburger Kreis-Krankenhaus. — Bei der Entfernung einer alten Mauer in Mühlhausen i. T. wurde am 11. April der Arbeiter Koch von ins Aussehen gekommenen Steinen beschüttet. Der wahrscheinlich innerlich Verletzte wurde in seine Wohnung gebracht. — Am 10. April wurde in Sasse der Maurer Wegner von einer schweren Eisenkette daran den Leib getroffen, daß er im Krankenhaus operiert werden mußte. Er erholte in Lebensgefahr. — Ein beim Neubau der Zuckerraffinerie von Hrn. Wittenfeld & Sohn in Döberstedt beschäftigter Arbeiter stürzte am 13. April so unglücklich von einem Gerüst im dritten Stock, daß er tot vom Platze getragen wurde. — Der zwanzigjährige Zimmermann Lande in Köslin, der vor einem Gerüst aus 5 m Höhe abstürzte, zog sich dabei eine Verrentung der rechten Schulter und des Oberarmes und außerdem eine Gehirnerschütterung zu. — In Stolp stürzte am 14. April der siebenundzwanzigjährige Zimmermann Wanderssee aus dem dritten Stockwerk auf das Straßengiebelwerk und zog sich außer Arm- und Beinbrüchen eine schwere Gehirnerschütterung zu, an deren Folgen er im Krankenhaus starb. — Bei Bauarbeiten am Seminar-gebäude auf dem Schönenberg bei Ellwangen am 15. April beim Umkippen eines Wellens drei Arbeiter abgestürzt. Zwei erlitten Beinbrüche, der dritte kam mit leichten Verletzungen davon. — Am 17. April stürzte in Köpen beim Umbau des Tempels der israelitischen Bürgergemeinde der Zimmermann Kastanz aus einer Höhe von 12 m ab. Er erlitt einen Schädelbruch sowie einen Bruch der Wirbelsäule und starb noch am demselben Tage im Krankenhaus. — In Pötröf fiel am 18. April dem Maurer Franz Knauf ein schweres Winkelblei auf den Kopf, wodurch ihm die Schädeldecke gespalten wurde. Der Verletzte starb in der folgenden Nacht im Krankenhaus. — Beim Aufheben von Fliesen wurde dem Ziegler Wilhelm Tschelke in Leipzig vom Gegengewicht des

Wahlstuhles der rechte Arm so schwer zerquetscht, daß dieser sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 20. April stürzte in der Bundesstraße in Bielefeld ein Dieb ein, wobei zwei Personen, der Maurermeister Pilsch und der Mauerergeselle Bretthauer, verunglückten. Bretthauer kam mit geringen Verletzungen davon, während Pilsch schwer verletzt wurde. — In Pöppel trümmerte am 18. April ein vom vierten Stock herabfallender Träger dem Arbeiter Riedle die Schädeldecke, so daß nur wenig Hoffnung bestand, ihn am Leben zu erhalten. — Durch den plötzlichen Einsturz einer Mauer wurden am 22. April in der Fendburgstraße in Cassel die Arbeiter From und Weß verunglückt. Nachdem sie befreit und durch Ärzte behandelt worden waren, wurden die schwerverletzten durch Mitglieder der Sanitätskolonne ins Unfallkrankenhaus gebracht. — Am 23. April wurden beim Abruch eines Hauses der Hannoverischen Maschinenbau-Arbeiter-Gesellschaft in Linden vier Arbeiter von einer umfallenden Wand begraben. Zwei von ihnen erlitten schwere innere Verletzungen, so daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten, die anderen beiden trugen leichtere Verletzungen davon und konnten sich so früh in ärztliche Behandlung begeben. — Am 22. April stürzte der Maurer Otto Müller in Xangerhütte von einem Gerüst, wobei er nicht unerhebliche Verletzungen erlitt. — Schwer verletzt mußten am 23. April die Arbeiter Otto Lauffer und Richard Wirkin in Berlin nach der Unfallstation gebracht werden. Sie waren unter den Trümmern einer umfallenden Betondecke begraben worden. — In Gaißicht stürzte am 23. April der Zimmermann Uebrecht aus beträchtlicher Höhe von einem Neubau ab. Er erlitt schwere Verletzungen.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbands-Vorstände fand vom 25. bis 27. März in Berlin statt. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission berichtet darüber: Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Versicherungsanstalt „Vollfürsorge“ ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden: die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Bauer, Reipart, Schilde und Ebert, als Ersatzmänner Eißler und H. Schmidt bestimmt. — Von den der Vorstandskonferenz durch den Dresdner Gewerkschafts-Vorstand übermittelten Anträgen waren von besonderer Bedeutung die der Wiskauer und Metallarbeiter betreffs Streitunterstützung, von denen der erstere die Errichtung einer Mitgliederkassette mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere der Streiks und Ausperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliedszahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlageverhältnis und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsbestimmungen. Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, die der neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftskassen als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der geleisteten freiwilligen Beiträge aus der Hauptkassette pro Mitglied 20 Pf. abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Mehrbetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen. Bei der Frage der Berichtserstattung über gewerkschaftliche Verbandsangelegenheiten erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über die Einführung dieser Berichtserstattung weiter zu verhandeln. Der Versuch, eine Regelung der Diätenanrechnung der im Besitz von Reichstags- oder Landtagsmandaten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangehörigen zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Auffassungen in dieser Frage. Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner Natur.

Folgen des christlichen Arbeitervereins. Die Tagespresse meldet: Das Gewerkschaftsblatt der christlichen Gewerkschaften für Dortmund-Hörde hatte für den 21. April eine Anzahl Versammlungen für das Dortmund-Landgebiet einberufen. In den Versammlungen sollte die Tagesordnung: „Der Streik im Aufrevidier“, „Welche Lehren ergeben sich für die christlich-nationale Arbeiter- und Bürgerpflicht daraus?“ besprochen werden. In Bergkamen kam es zu einer interessanten Diskussion zwischen den Referenten der christlichen Gewerkschaften, Schabach und Sittler, und dem Genossen Höfler vom Bergarbeiterverband. Gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 21. April 1912 in Bergkamen stattfindende, vom christlichen Gewerkschaftsblatt für Dortmund-Hörde einberufene, von 300 Bergarbeitern und Bürgern besuchte Versammlung verurteilt das Verhalten der Gewerkschaftsleitung entschieden und bezieht es als einen Verrat an der Arbeiterinteressen. Die Versammlung fordert alle christlich organisierten Arbeiter auf, aus den christlichen Organisationen auszutreten und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.“ In Sprockhövel wurde eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Bergarbeiterverband geschlossen, während die „christlichen“ Referenten fluchtartig das Feld räumten.

Der Bericht des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1911. So schreibt man uns, bietet wenig Bemerkenswertes. Nicht das ist interessant, was wir im Bericht zu lesen bekommen, sondern das, was in ihm verschwiegen wird. Alle die Angriffe, die die christlichen Gewerkschaften von katholisch-kirchlicher Seite aus im Berichtsjahre erfahren haben und die ihren Bestand gefährden, werden übergangen, als ob sie nie dagewesen seien und heute nicht existierten. Der Verfasser des Berichtes, Generalsekretär Stegenwald, hat sogar vergesen, einen Kommentar zu seinem Brief an Wachen zu schreiben.

Das kann man ihm nachsagen. Und doch hätte er alle Ursache, einmal Klarheit für die Öffentlichkeit und mehr noch für die christliche Arbeitererschaft zu schaffen, wie man in katholisch-kirchlichen Kreisen von den christlichen Gewerkschaften denkt, wie weit die Gefahr gereift ist, die christlichen Organisationsgebilde in ein Kathartikum zu treiben, wo ihnen Taktik und Prinzipien autoritativ und einseitig eben von den kirchlichen Instanzen aufgegeben werden. Oder wollen die christlichen Gewerkschaften heute noch der Welt weismachen, daß die christlichen Gewerkschaften sich ganz und gar noch im alten Geiste bewegen, ihre bisherigen Bahnen von Nichtarbeiterseite nicht durchkreuzt worden sind? Das zu beweisen, dürfte ihnen nicht gelingen, und darum schweigt man sich in dieser Frage aus. Aber Stillstehen ist auch eine Antwort! Wie es den christlichen Gewerkschaften an den Krügen gehen soll, beweist schon das Schicksal des christlichen Textilarbeiterverbandes in Holland. Die „Petrusblätter“ vom 19. April wissen zu melden:

Der interkonfessionelle christliche Textilarbeiterverband „Unitas“, der in einzelnen Bezirken Hollands nach dem Vorbild der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gegründet worden war, ist durch eine bischöfliche Verordnung den Katholiken verboten worden. In den Kirchen der Orte, die eine solche Gewerkschaft besitzen, wurde am letzten Sonntag eine Bekanntmachung beklebt, die das Beisein des Vereinsorgans und die Mitgliedschaft den Katholiken untersagt.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands haben ihrer Auflösung bis jetzt nur noch aus dem Wege gehen können, indem sie Kampfschaft ihre Existenz damit zu beweisen suchen, daß sie eine notwendige Organisation im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind, und daß sie sich kirchlich-autoritativen Befehlen unterwerfen wollen. Vor allen Dingen, daß sie katholische Grundzüge nicht angustasten gebeten. „Nur bitte, nicht aufpassen, wir sind zu allem bereit, nur laßt uns leben!“ Kein Wunder, wenn der Bericht aus opportunistischen Gründen diesen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften übergeht. Dafür aber um so mehr die Rolle hervorhebt, die die christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch im vergangenen Jahre gespielt haben wollen. Mit welchem Erfolge, zeigt das Aufstellen der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl und der mächtige Aufschwung der freien Gewerkschaften. Diese Tatsachen erheben uns, dem Wesen schwall in dem Bericht, die Sozialistenbetriebe betreffend, zu folgen. Was die christlichen Gewerkschaften schließlich nach Ansicht der Christenführer materiell für die Arbeiter erreicht haben, ist so dürftig, daß Eingeweiht nicht ein Wort der Herabsetzung hierfür findet. Auch das kennzeichnet den Bericht. Während noch im vergangenen Jahre im Bericht ein Mitgliederzuwachs herbeigeföhrt wurde, läßt man hierüber heuer nichts merken. Nur in einzelnen christlichen Sekretariatsberichten wird über den Stand der christlichen Gewerkschaften berichtet. So wollen sie in Norddeutschland rund 1000, in Bayern rund 3000, in Württemberg rund 1600 und in Baden rund 1000 Mitglieder zugenommen haben. Wenn man in den andern Bezirken nicht bessere Erfolge aufzuweisen hat, steht es mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schlimm. Mit der „Verbreitung des christlichen Gedankens“ ist es denn auch im vergangenen Jahre nicht weit her gewesen. Und was die christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gewonnen haben, wird ihnen infolge ihrer verästelten Taktik bei den großen Bewegungen der Arbeiter in diesem Jahre wieder verloren gegangen sein. Im Saarrevier sind allein mehr Mitglieder vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter abgeprungen, als die vorgenannten Bezirke zusammengezogen. Wenn sie in den übrigen christlichen Gewerkschaften, massenhaft Austritte erfolgt. Man kann also verstehen, daß der Berichtstatter Worte der Verneinerung nicht finden kann, und daß er sich in der Hauptfache abquält, zu zeigen, daß man die christlichen Gewerkschaften leben lassen soll als Faktor im Kampfe gegen die proletarische Arbeiterbewegung.

Soziales.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika! Ein Beauftragter des Fresno Building Trades Council in Fresno (Kalifornien) bittet einen Verwandten in Garmburg, für weitgehende Verbreitung dieser Warnung Sorge zu tragen: „Ich erlaube mir, Dich offiziell zu benachrichtigen, daß die Arbeitsverhältnisse hier so erbärmlich sind, wie die Welt es wohl selten gesehen hat. Unter dem Vorgeben, daß hier Laufende von Arbeitern aller Gattungen für den Bau der Weltausstellung in San Francisco geblaubt werden, werden Laufende von Arbeitern verführt, nach hier auszuwandern. Nachdem die Schiff- und Eisenbahngesellschaften, die Hotels und Vermietungskontore die armen Teufel ausgeraubt haben, stehen sie, ohne der Sprache mächtig zu sein, und ohne Mittel, auf der Straße. Wir müssen Laufende mit Essen und Schlafgelegenheit versorgen, und die Gefangnisse, Kranten- und Irrenhäuser sind mit diesen Unglücklichen gefüllt. Selbst in der kleinen täglich durch den Posten vor! — Es sind die Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, die durch ihre feilschenden Zeitungsklame schuld daran sind. Wir vereinigen Gewerkschaften und Sozialisten bitten Euch, diesen Bericht so weit wie möglich bekannt zu machen.“

Die Bayerische Gewerbechau 1912 in München.

„Aus München schreibt man uns: Die Bayerische Gewerbechau“ weicht in ihrem Charakter von dem herkömmlichen Ausstellungstyp beträchtlich ab. Sie ist nicht eine Aufstellung von prächtigen Ausstellungsobjekten und von luxuriösen Schaukästen, zu denen man kein heiliges Verhältnis finden kann; sie ist vielmehr eine Aufstellung mit sozialen Zielen, die für alle und für jeden etwas bedeutet: Eine Ausstellung, bei der nicht die Weltfirmen unumschränkt vorzerrischen, sondern bei der auch

der Meinarbeit, sofern sie nur gediegen, materialgerecht und interessant in der Formgebung ist, breiter Spielraum gewährt ist. Die „Bayerische Gewerbechau“ hofft dadurch der Allgemeinheit am meisten zu dienen und eine wahrhaftige Förderung der materiellen Kultur zu bewirken, daß sie antizipiert an die Förderung des Tages. Nicht allerlei „ausgefallene“ Dinge, Gerätschaften des exzentrischen Vorwurfs, will sie zeigen, sondern Gegenstände des Alltags, Massenerzeugnisse, Dinge, deren jeder im täglichen Gebrauch bedarf, alles, was doch gewissermaßen neu, denn erlebter Geschmack und künstlerische Gestaltung sollen auch das kleinste Ding, das es auf der „Bayerischen Gewerbechau“ zu sehen gibt, werden. Wir alle wissen, daß ein unendliches Bedürfnis nach Geschmack und Schönheit im Volke im stetigen Wachsen ist, und daß nur der Gegenstand (und sei er so unansehnlich als möglich) sich „vollständig“ nennen darf, an dessen Herstellung mit Kunstsinne und Geschmack herangetreten wird. Die „Bayerische Gewerbechau“ glaubt dann ihre Aufgabe erfüllt zu haben, wenn jeder, der zum Tor der Ausstellung hinausdreht, in seiner Geschmacksbildung und in seiner Auffassung von Qualitätsarbeit durch diese Schau eine Bereicherung erfahren hat. Man soll endlich einmal einsehen, daß es nicht einmal nötig ist, seine Möbel, seinen Wandschmuck, seine Hausgerätschaften aus Venedig und Kaufmannagazinen zu beziehen: um den gleichen Preis gibt es, von stabilen Geschäften und tüchtigen Werkstätten hergestellt, Gegenstände, die allen Anforderungen des Geschmacks, der Materialgüte und der handwerklichen Solidität genügen.

Ergebnisse dieser Art zeigt die „Bayerische Gewerbechau“ in ihren mächtigen Sälen, die von Künstlerhand gestaltet und geschmückt, einen würdigen Rahmen für die Qualitätsausstellung abgeben. Alle die feinen und heimlichen Künstler in bayerischen Dörfern — mögen sie nun unter den Holzschülern in Oberammergau oder Berchtesgaden, unter den Weigenmachern von Mittenwald, unter den Töpfern der Oberpfalz, unter den Glaskünstlern im bayerischen Wald oder unter den Korbflechtern Oberfrankens sitzen — kommen zu Wort, und es wird eine Art Verbindung zwischen Kunst und Handwerk geteilt. Daneben steht natürlich auch die gewöhnliche Industrie nicht: unter anderem findet Augsburg seine Textilien, ist Mittelfranken durch seine hochentwickelte Spielwarenindustrie, Oberfranken durch seine leistungsfähigen keramischen Betriebe, die Hauptstadt durch ihre zahlreichen kunstgewerblichen Werkstätten und Ateliers vertreten. Daß für Qualitätsarbeit, wie sie die „Bayerische Gewerbechau“ zeigen will, ein so geringes Verständnis besonders beim städtischen Publikum besteht, hat nicht zuletzt seinen Grund darin, daß heute weitestenteils die Produktion der Produktion fremd gegenübersteht. Die gewerbliche Tätigkeit hat sich zurückgezogen in geschlossene, unzugängliche Werkstätten und Fabriken. Wie soll aber jemand an einem Ding seine Freude haben können, wenn er es nach Wert oder Unwert zu beurteilen vermag, wenn er nicht weiß, wie es entsteht? Aus dieser Erkenntnis heraus will die „Bayerische Gewerbechau“ 1912 in München den Versuch machen, in ihren Ausstellungshallen eine Reihe von Werkstätten einzurichten, in denen vor den Augen des Publikums gearbeitet wird. Vom Rohmaterial bis zum vollendeten Gegenstand von geschmackvoller Formgebung und von anmutigem Eindruck soll die Produktion verfolgt werden können. Komplizierte Betriebe mußten natürlich aus Rücksicht auf den beschränkten Raum und auf den Ausstellungscharakter ausgeschlossen bleiben; aber auch die einfacheren Betriebe werden, nicht zuletzt bei der Jugend, Interesse genug erwecken und aufklären und geschmackbildend wirken. Mehr als 20 Betriebe dieser Art gibt es auf der „Bayerischen Gewerbechau“ zu sehen; sie und die hilsreichen Abteilungen mit ihrer Schau bester kunstgewerblicher Erzeugnisse unserer Vorkrieger ergänzen das Gesamtbild der großen bayerischen Landesausstellung, bei der natürlich auch interessante Theateraufführungen, große Sportfeste und ein reichhaltiger Vergnügungspark nicht fehlen. Aber auch geistige Anregung und Belehrung, wie heiterer Verkehr — kommt die Ausstellung entgegen, und da überdies für Arbeiter, die die „Bayerische Gewerbechau“ besuchen wollen, auf den bayerischen Staatseisenbahnen weitgehende Fahrgastermäßigungen gegeben werden, sollte der Besuch dieser Ausstellung nicht verstimmt werden.

Heber die Jahressitzung für Arbeiter zur „Bayerischen Gewerbechau“ in München im Herbst und der Gewerkschaftsverein München: Arbeiter, die Mitglieder von Krankenkassen im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen oder versicherungspflichtige Mitglieder eingetragener Hilfskassen sind, werden bei Neuen zum Besuch der „Bayerischen Gewerbechau“ in München (Mai bis Oktober 1912) auf den bayerischen Staatseisenbahnen inklusive der Linien der bayerischen Pfalz in der dritten Wagenklasse von Gil- und Personenzügen zum halben Einzugsfahrpreis gefördert. Bei Benutzung eines Schnellzuges kommt zu dieser Lage der tarifmäßige Schnellzugzuschlag hinzu. Die Preisermäßigung tritt dann ein, wenn sich zur Reise nach München mindestens zehn Teilnehmer zusammenschließen; dagegen kann die Mitglieder von den Teilnehmern einzeln ausgeführt werden. Für die Dauer des Aufenthalts in München besteht keine Beschränkung. Auf Hin- und Rückreise ist je eine gemeinsame Fahrkartenunterbrechung gestattet. Als Hinweis ist eine Bescheinigung der Krankenkasse vorzulegen, daß das betreffende Mitglied Jahressitzung zum Besuch der „Bayerischen Gewerbechau“ beantragt hat. Zu diesen Bescheinigungen ist, unter entsprechender handschriftlicher Abänderung, das Formular zu verwenden, das für die Mitglieder von Krankenkassen bei Eingaben um Jahressitzung zwecks Besuchs von Wädern usw. gebräuchlich ist. Die Jahressitzung für die Einzelnen ist am Hauptbahnhof der Abgangsstation spätestens zwei Stunden vor Abgang des zur Reise ausgerichteten Zuges zu beantragen, und es sind gleichzeitig die Bescheinigungen für alle an der Fahrt teilnehmenden Personen vorzulegen. Auf der Rückreise werden an den nächsten Fahrkartenschaltern gegen Vorlegung der nämlichen Bescheinigungen Fahrkarten zum halben Einzugspreis abgegeben, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die

Weise gemeinschaftlich oder einzeln ausgeführt wird. Diese Vergünstigungen haben zunächst nur auf bayerischen Strecken Geltung; es steht aber zu erwarten und ist dringend zu wünschen, daß auch die aufserbayerischen Verkehrsverwaltungen den Arbeitern in ähnlich weitgehender Weise wie die bayerische Verkehrsverwaltung entgegenkommen.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteilbuchhandlung.)

Im Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 66, Wilhelmstr. 10, ist erschienen: **Zeitschriftenauflage der gesamten Reichsleitung 1911.** Gesamtwerk in der Zeitschrift „Beton und Eisen“ und nach den Kapiteln des „Handbuchs für Eisenbetonbau“ geordnet von Ing. R. Hoffmann und A. Fehlinger. Preis gebunden M. 2,60. — Das Werk ist nach dem Vorwort die Fortsetzung des bereits erschienenen Wertes „Die Eisenbetonliteratur bis Ende des Jahres 1910“. In ihm sind alle den Verfassern bekanntgewordenen neuen Veröffentlichungen über das Eisenbetonen aus der deutschen, englischen, amerikanischen, französischen, italienischen Literatur sowie aus der Literatur einiger anderer Länder registriert.

Unter dem Titel **„Frauenwahlrecht“** hat die Genossin Klara Zellin zum zweiten sozialdemokratischen Frauentag, der bekanntlich am 12. Mai stattfindet, eine vorzüglich ausgestattete Agitationschrift herausgegeben, die im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheint. Fast alle Beiträge stammen von Frauen. So enthält die Schrift je zwei der schönsten Gedichte von Klara Müller und Ida Negri. Ferner enthält sie neben einem Leitartikel der Herausgeberin, in dem diese das Verhältnis

der Frau zum Manne, zur Familie, zu Staat und Kommune unterteilt. Beiträge von Helheid Pop über die Internationalität des Frauentages, von Luise Zieh über das Frauentagsfest als eine geschichtlich begründete Forderung, von Bertha Gering über: Das Wahlrecht als Recht der Mütter“, von Gertrud Hanna über die Bedeutung des Frauenwahlrechts für die Arbeiterinnen usw. Ferner enthält die Schrift künstlerische Bilder von Meunier, Einberg, Millet und Botticelli sowie die Porträts der sozialistischen Frauen im finnischen Landtag. Der Preis der Schrift, deren Anschaffung wir nur aufs wärmste empfehlen können, ist 10 S. Sie ist von der Expedition der „Gleichheit“, Stuttgart, Kirchbachstraße 12, sowie von den Buchhandlungen und Kolportieren der sozialdemokratischen Partei zu beziehen.

Zentralfrankentasse.

In der Woche vom 21. bis 27. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Dichtenberg M. 400, Bielefeld 200, Rötze 200, Erfurt 187, Jagen i. B. 150, Netra 150, Herbsleben 130, Malchin 130, Barthhausen 100, Dresden-Striesen 100, Gainsstadt 100, Pöblich 100, Thale a. Harz 100, Wilsnack 85,60, Bargtehebe 50, Zimmernode 25,92.

Zuschüsse erhielten: Berlin M. 4000, Altona 400, Nürnberg 300, Rathenow 300, Seidelberg 200, Reichen 120, Budow 100, Eberswalde 100, Groß-Zimmern 100, Mariendorf 100, Nauen 100, Ober-Schönweide 100, Reichensachsen 100, Velken 100, Eggendorf 92, Wefensleben 80, Uckerhof 75, Friesack 75, Sonnenburg i. d. Neumark 60, Lahr i. Baden 50, Langenderoer 50. Summa M. 6802.

Altona, 27. April 1912.

Fr. Klätschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 75.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zaststellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 S.)

- Aeneburg.** Am 24. April nahm sich unser alter Kollege **H. Köppe** selbst das Leben.
- Berlin.** Am 24. April starb unser Mitglied **Josef Nagel** im Alter von 49 Jahren an Gehirnerweichung.
- Cassel.** (Zaststelle Wolfhagen.) Am 18. April starb nach längerem Leiden unser treuer Kollege **Carl Jakobi**, aus Wolfhagen im Alter von 57 Jahren an Arterienverkalkung.
- Cottbus.** Am 14. April starb unser Kollege **Aug. Müller** infolge eines Unglücksfalles. — Am 20. April starb unser Kollege **Matthäus Gassan** an Nieren- und Magenkrebs.
- Dresden.** Am 22. April starb der Kollege **Ernst Käufer** aus Steingraben im Alter von 39 Jahren an Leberkrebs.
- Essing.** Am 23. April starb unser Kollege **Albert Korndorf** im Alter von 38 Jahren an Magenkrebs.
- Fürstentum.** Am 21. April starb unser Kollege **Faul Stösser** im Alter von 56 Jahren an Lungentuberkulose.
- Kaiserslautern.** Am 27. April starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **Karl Kary** im Alter von 32 Jahren an Lungentuberkulose.
- Königsberg.** Am 22. April starb unser Mitglied **Aug. Schimka** im Alter von 54 Jahren. — Am 23. April starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied **Otto Schröder** im Alter von 53 Jahren.
- Lauburg a. d. E.** Am 24. April starb unser Kollege **Fr. Grotkast** im 75. Lebensjahre an Herzschlag.
- Mannheim.** Am 26. April starb der Kollege **Aug. Henrich** im Alter von 27 Jahren an Magenkrebs.
- Mittenwalde.** Am 18. April starb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege **Friedr. Krobber** im 21. Lebensjahre an Schädelbruch und Gehirnerschütterung.
- Mühlberg-Nichtenberg.** Am 15. April starb unser treuer Kollege **Karl Nauk** im Alter von 53 Jahren an Lungentuberkulose.
- Nürnberg-Nürnberg.** Am 26. April starb unser Kollege **Karl Weidner** im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose.
- Obernburg i. Gr.** Am 24. April starb unser treuer Kollege **Gust. Hechler** im Alter von 34 Jahren durch Gift.
- Schweinfurt i. M.** Am 25. April starb unser langjähriges Mitglied **Ernst Kretschmer**.
- Sprendlingen.** Am 19. April starb unser treues Ehrenmitglied **Jakob Deissler** im Alter von 78 Jahren.
- Wilmshausen.** Am 21. April starb unser treuer Kollege **Heinrich Goldenstein** im Alter von 36 Jahren an der Prostatakrebserkrankung.

Ehre ihren Andenken!

Curt Paul, Maurer, geboren am 23. Juni 1892 zu Cottbus (Westf. Nr. 135 580), wird wegen Erbschaftsregulierung gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, die Adresse an seinen Bruder **Willy Paul, Cottbus, Söddorfer Straße 4**, zu senden. [M. 1,80] Der Vorstand des Zweigvereins Cottbus.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Werkstättenleiter, H Herberge, KZ Kassenverteilung wird ausgedacht sein.)

Düren. V Joh. Servos, Eintrachtstr. 44.
Mühlhausen i. Ostf. Das Zweigvereinsbureau befindet sich von jetzt an nicht mehr Dreiföhrstr. 37, sondern Belfortstr. 1, 1. Et. Ober-Schönweide. Bitte man von jetzt an dorthin zu richten.

Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen der Zweigvereine.

- Sonnabend, den 4. Mai.**
- Elmshorn.** Abends 8 Uhr in der Herberge.
- Magdeburg.** (Stuttgartere.) Abends 8 1/2 Uhr bei Hesse, Stephanstraße.
- Sonntag, den 5. Mai.**
- Belzig.** (Maurer.) Nachm. 4 Uhr.
- Granssee.** Nachm. 3 Uhr im Franzosen Lokal. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Beschlußbesitz.
- Zossen.** Nachm. 3 Uhr bei Ruyger.
- Montag, den 6. Mai.**
- Striegau.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gauer Generalversammlung der Dangeverks- und Gemeindeführungskassen. Z.-D.: Bericht der Neuhaus-Kommission und Abnahme der Jahresrechnung 1911. Kassenangelegenheiten. Beschlußbesitz.
- Mittwoch, den 8. Mai.**
- Heide.** Abends 8 1/2 Uhr im Zehnfußers Gasthof.
- Weißwasser.** Abends 8 Uhr bei Reinhold Dötte in Gabeln.
- Sonnabend, den 11. Mai.**
- Plauen i. V.** (Stuttgartere.) Abends 8 Uhr im „Schillergarten“.
- Sonntag, den 12. Mai.**
- Bamberg.** Vorm. 10 Uhr in der „Hofmann“. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Berlin.** (Sattler.) Vorm. 10 Uhr im „Englischen Garten“, Magdenstr. 270, bei Hoffmann.
- Templin.** Nachm. 3 Uhr im „Reiterhof“. Referent anwesend.
- Würzburg.** (Verb. und Hilfsarbeiter.) Vorm. 10 Uhr im „Eichen“.
- Dienstag, den 21. Mai.**
- Striegau.** Abends 6 1/2 Uhr bei Enier. 23. jährige Tagesordnung.

Zentralfrankentasse der Maurer usw.

- Sonntag, den 5. Mai.**
- Bernau.** Nachm. 3 Uhr bei Wähle, Kaiserstraße. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.
- Oranienburg.** Nachm. 4 Uhr bei Frahm, Schillerstraße. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Bestimmung der Beiträge.
- Sonnabend, den 11. Mai.**
- Fürstentum.** Abends 8 Uhr bei Nieber, Windmühlentstraße.